



Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Beschluss-Protokoll

der 8. und 9. Sitzung, Amtsjahr 2010-2011

Mittwoch, den 14. April 2010, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

Vorsitz: *Annemarie von Bidder, Grossratspräsidentin*

Protokoll: *Thomas Dähler, I. Ratssekretär*
Regine Smit, II. Ratssekretärin

Abwesende:

14. April 2010, 09:00 Uhr
8. Sitzung *Christophe Haller (FDP), Beat Jans (SP), Christine Keller (SP),
Annemarie Pfeifer (EVP/DSP), Martina Saner (SP).*

14. April 2010, 15:00 Uhr
9. Sitzung *Christophe Haller (FDP), Beat Jans (SP), Christine Keller (SP),
Annemarie Pfeifer (EVP/DSP), Samuel Wyss (SVP).*

Verhandlungsgegenstände:

- | | | |
|----|---|---|
| 1. | Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung | 3 |
| 2. | Entgegennahme der neuen Geschäfte | 4 |
| 3. | Bestätigung von Bürgeraufnahmen | 5 |
| 4. | Wahl eines Mitglieds der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge Conradin Cramer, LDP) | 6 |
| 5. | Wahl eines Mitglieds der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge Bülent Pekerman, GLP) | 6 |
| 6. | Schreiben des Regierungsrates zur Kantonalen Volksinitiative für eine faire Einbürgerung (Sprachinitiative) - weiteres Vorgehen nach dem Beschluss der rechtlichen Zulässigkeit | 7 |
| 7. | Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Ratschlag Nr. 09.0298.01 betreffend Änderung des Gesetzes über das Aufenthaltswesen vom 16. September 1998 (Aufenthaltsgesetz) | 7 |
| 8. | Ausgabenbericht Betriebskostenbeitrag des Kantons Basel-Stadt an die Stiftung Frauenhaus beider Basel zum Schutz misshandelter Frauen und Kinder für das Frauenhaus Basel für das Betriebsjahr 2010 | 9 |

9.	Ausgabenbericht Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel (UPK), Gebäude A, Anpassung der Vorfahrt zur Patientenaufnahme. Projektierungs- und Ausführungskredit	10
10.	Ausgabenbericht Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel (UKP), Gebäude R, Definitive Unterbringung der jugendforensischen Ambulanz inkl. einer stationären Abteilung. Projektierungskredit	10
11.	Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für die Universität Basel betreffend Kenntnisnahme der Berichterstattung 2008 der Universität zum Leistungsauftrag gemäss § 19 Buchstabe b des Staatsvertrages über die gemeinsame Trägerschaft der Universität (Universitätsvertrag). Partnerschaftliches Geschäft	11
12.	Ratschlag Elsässerstrasse / Kohlenstrasse / Schlachthofstrasse. Projektierung und Ausführung der Umgestaltung des Knotens Elsässerstrasse/Kohlenstrasse/Schlachthofstrasse im Zusammenhang mit der Verlegung der Hüningerstrasse, Ausbaustufe 2	12
13.	Schreiben des Regierungsrates zu den Kreditübertragungen von 2009 auf 2010	13
15.	Motionen 1 - 5	13
14.	Neue Interpellationen	16
15.	Motionen 1 - 5	19
	Anhang A: Neue Geschäfte (Zuweisung)	22
	Anhang B: Neue Vorstösse	26

Beginn der 8. Sitzung

Mittwoch, 14. April 2010, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[14.04.10 09:03:15, MGT]

Mitteilungen

Annemarie von Bidder, Grossratspräsidentin: ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen verschiedene Mitteilungen zu machen:

Rücktritte

Lukas Schaub, Leitender Staatsanwalt, tritt auf Ende September 2010 vor Ablauf der Amtsdauer zurück. Die Amtsdauer läuft bis Ende 2010. Der Grosse Rat wird den Ersten Staatsanwalt oder die Erste Staatsanwältin und die vier Leitenden Staatsanwälte voraussichtlich im September für eine neue sechsjährige Amtsdauer wählen. Die Wahlvorbereitungskommission hat mit dem Ersten Staatsanwalt vereinbart, dass die Ersatzwahl für Lukas Schaub zusammen mit der Wahl der übrigen Leitenden Staatsanwälte erfolgen kann und nicht vorgezogen werden muss.

Ich danke Lukas Schaub für die dem Staat geleisteten Dienste. Das Geschäft geht an die Wahlvorbereitungskommission.

Neue Interpellationen

Es sind 13 neue Interpellationen eingegangen.

Die Interpellationen Nr. 16, 18, 22, 24 und 25 werden mündlich beantwortet.

Bildaufnahmen

Ich habe Telebasel sowie einer Equipe des Mediums NZZ FORMAT gestattet, heute und nächsten Mittwoch Bildaufnahmen im Rat zu machen.

Verhalten bei Abstimmungen

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir für einen Augenblick wirklich zuhören könnten.

Wir, das heisst der Statthalter und ich, haben festgestellt, dass wir in der letzten Grossratssitzung im März Unsicherheiten bei der Auszählung der Stimmen hatten. Dies hat dazu geführt, dass ich zwei Abstimmungen wiederholen musste. Dies ist jedoch nicht primär den beiden Stimmzählenden anzulasten, sondern betrifft vor allem IHR Verhalten. Wenn eine Hand im Laufe des Abstimmungsverfahrens - manchmal mehrmals - hinauf- und hinunter geht, gehen Sie das Risiko ein, nicht gezählt zu werden. Das gleiche gilt für die diskreten Stimmabgaben auf Schulterhöhe. Schwierig wird es, wenn viele von Ihnen in der Schnelle in den Saal kommen, wenn die Abstimmung bereits im Gang ist, und noch schnell den Arm heben oder gar mit erhobenem Arm in der Saal kommen, ohne zu wissen, um was es geht. Das passiert leider sehr oft. So kann es dann auch passieren, dass sie zum falschen Zeitpunkt die Hand heben. Thomas Dähler und Regine Smit bemühen sich, korrekt auszuzählen, aber unter diesen Umständen wird dies auch für sie immer schwieriger.

Ich möchte deshalb an Sie appellieren, doch frühzeitig zur Stimmabgabe zu kommen, wenn sie nicht an Ihrem Platz sitzen, die Gänge frei zu halten und klar und deutlich den Arm zu heben. Wir unsererseits bemühen uns, Sie frühzeitig zu rufen. Es ist in Ihrem Interesse, dass die Abstimmungen korrekt durchgeführt werden können, je mehr von Ihnen an Ihrem Platz sitzen, je einfacher ist es für uns. Ich hoffe auf Ihr Verständnis.

Dringliche Behandlung beim weiteren Vorgehen von Initiativen

Bei der Beratung über das weitere Vorgehen bei Volksinitiativen konnte in der Vergangenheit gelegentlich die vorgesehene Frist von drei Wochen für den Versand des Schreibens des Regierungsrates nicht eingehalten werden. Das Geschäft wurde dann mit dem Antrag auf dringliche Behandlung auf die Tagesordnung gesetzt. Da das Gesetz über Initiative und Referendum nach der Feststellung der rechtlichen Zulässigkeit den Beschluss über das weitere Vorgehen für die "nächste ordentliche Sitzung" vorschreibt, besteht bezüglich der Traktandierung kein Handlungsspielraum.

Das Ratsbüro hat deshalb beschlossen, dass künftig Anträge zum weiteren Vorgehen bei Initiativen ohne Antrag auf Dringlichkeit traktandiert werden, auch wenn die Frist für den Versand der Unterlagen nicht eingehalten werden konnte. Die Ausführungsbestimmungen zur Geschäftsordnung werden der guten Ordnung halber bei der nächsten Gelegenheit entsprechend angepasst.

Schwinger-Sammelalbum

Das Sportmuseum Schweiz hat vor Kurzem "Der König", ein Schwinger-Sammelalbum lanciert. Das Echo darauf war in den Medien sehr gross, sogar die Tagesschau von SF hat darüber berichtet. In der Grossratsdebatte zum vorgezogenen Budgetpostulat in Sachen Sportmuseum wurde erwähnt, dass das Sportmuseum in der Planung für ein Schwinger-Sammelalbum stecke. Das Sportmuseum dankt dem Grossen Rat für seinen positiven Entscheid zu diesem Budgetpostulat und legt eine Anzahl Exemplare dieser Sammelalben und ein paar Bildli-Päckli im Vorzimmer auf. Bitte bedienen Sie sich.

Kulturgruppe

Heute findet im Anschluss an die Nachmittagssitzung die nächste Veranstaltung der Kulturgruppe des Grossen Rates im Cinema Camera am Claraplatz statt. Man kann sich bei Heiner Vischer noch anmelden.

Tagesordnung

Der Grosse Rat hat am 13. Januar 2010 ein Budgetpostulat von Michael Wüthrich und Jürg Stöcklin Dienststelle Nr. 410 / Allgemeine Verwaltung dem Regierungsrat zur Stellungnahme überwiesen. Gemäss § 49 Abs. 3 der Geschäftsordnung hat der Regierungsrat zu einem überwiesenen Budgetpostulat so rechtzeitig zu berichten, dass es spätestens im April im Rat behandelt werden kann. Die Stellungnahme des Regierungsrates wurde jedoch erst am 1. April verschickt. Für die reguläre Traktandierung hätte der Versand am 19. März erfolgen sollen. Wir können das Budgetpostulat deshalb erst an der Mai-Sitzung regulär traktandieren.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, **die Tagesordnung zu genehmigen.**

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[14.04.10 09:10:48, ENG]

Zuweisungen

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die Zuweisungen** gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang A) **zu genehmigen**.

Kenntnisnahmen

Der Grosse Rat nimmt Kenntnis

von folgenden Geschäften:

- Öffentliche Gebäude. Begeh- und Nutzbarmachung für Menschen mit einer Behinderung. Zwischenbericht zum Stand der Ausführungen. (BVD, 04.0704.03)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Patrizia Bernasconi betreffend Tramlinie 14-Verlängerung nach Kleinhüningen. (BVD, 09.5365.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Stephan Luethi-Brüderlin betreffend Öffnung des Badwegleins für Velos. (BVD, 09.5352.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Emmanuel Ullmann zu den Prämienverbilligungen. (WSU, 09.5334.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Thomas Mall betreffend Fristeinhaltungskontrolle bei der Steuerverwaltung. (FD, 09.5360.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Brigitte Hollinger zum Verkauf von Lachgas als Partydroge. (JSD, 09.5359.02)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Isabel Koellreuter und Konsorten betreffend kulturelles Erbe aus Arbeit, Gewerbe und Industrie (stehen lassen). (PD, 07.5272.02)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend öffentliches Veloverleihsystem (stehen lassen). (BVD, 07.5326.02)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Esther Weber Lehner und Konsorten betreffend Schulsozialarbeit an der Volksschule Basel (stehen lassen). (ED, 07.5358.02)
- Rücktritt von Conradin Cramer als Mitglied der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (auf den Tisch des Hauses). (10.5071.01)
- Rücktritt von Bülent Pekerman als Mitglied der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (auf den Tisch des Hauses). (10.5084.01)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Roland Engeler-Ohnemus und Konsorten betreffend Optimierung der Baselstrasse in Riehen (stehen lassen). (BVD, 08.5086.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Brigitta Gerber betreffend Benachteiligung Alleinerziehender in partnerschaftlicher Wohngemeinschaft bei der kantonalen Besteuerung 2007. (FD, 10.5022.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Sebastian Frehner betreffend Steuerbelastungen in der Agglomeration. (FD, 09.5375.02)

3. Bestätigung von Bürgeraufnahmen

[14.04.10 09:11:15, JSD, 10.0224.01 10.0363.01, EIN]

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat mit Schreiben 10.0224.01 insgesamt 57 Aufnahmen ins Kantonsbürgerrecht (27 Gesuche) unter gleichzeitiger Bestätigung der Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Basel.

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Schreiben **ein**.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 12 Stimmen die beantragten Bürgeraufnahmen.

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat mit Schreiben 10.0363.01 insgesamt 30 Aufnahmen ins Kantonsbürgerrecht (17 Gesuche) unter gleichzeitiger Bestätigung der Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Basel.

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Schreiben **ein**.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 13 Stimmen die beantragten Bürgeraufnahmen.

Die bestätigten Bürgeraufnahmen sind im Kantonsblatt Nr. 29 vom 17. April 2010 publiziert.
--

4. Wahl eines Mitglieds der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge Conradin Cramer, LDP)

[14.04.10 09:13:46, WA1]

Die LDP-Fraktion nominiert André Auderset (LDP) als Mitglied der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 1 Stimme, die Wahlen in den Traktanden 4 und 5 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind.

Der Grosse Rat wählt

einstimmig bei 3 Enthaltungen **André Auderset** als Mitglied der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

5. Wahl eines Mitglieds der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge Bülent Pekerman, GLP)

[14.04.10 09:15:49, WAH]

Die FDP-Fraktion nominiert Helmut Hersberger (FDP) als Mitglied der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission.

Der Grosse Rat wählt

einstimmig bei 3 Enthaltungen **Helmut Hersberger** als Mitglied der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

6. Schreiben des Regierungsrates zur Kantonalen Volksinitiative für eine faire Einbürgerung (Sprachinitiative) - weiteres Vorgehen nach dem Beschluss der rechtlichen Zulässigkeit

[14.04.10 09:17:05, JSD, 09.1821.02, WVI]

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat mit Schreiben 09.1821.02, ihm die Berichterstattung zur Volksinitiative für eine faire Einbürgerung (Sprachinitiative) zu übertragen.

Voten: *RR Hanspeter Gass, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD); Brigitta Gerber (GB); Martin Lüchinger (SP); Felix Meier (SVP)*

Einzelvoten

Voten: *Tanja Soland (SP)*

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Schreiben **ein**.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Volksinitiative gemäss § 18 lit. b. IRG dem Regierungsrat zur Berichterstattung innert sechs Monaten zu überweisen.

7. Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Ratschlag Nr. 09.0298.01 betreffend Änderung des Gesetzes über das Aufenthaltswesen vom 16. September 1998 (Aufenthaltsgesetz)

[14.04.10 09:27:33, JSSK, JSD, 09.0298.02, BER]

Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 09.0298.02 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Voten: *Felix Meier, Präsident der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission; RR Hanspeter Gass, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Römisch I, Aufenthaltsgesetz

§ 2

§ 3 Abs. 3 und 4

§ 4

§ 8 Ab. 3 wird aufgehoben

§ 9 Abs. 2

§§ 10, 13 und 15

§ 15a

§ 19 Abs. 2 wird aufgehoben

§ 21

Titel zu Kapitel III

§ 22 Abs. 1

Titel zu Kapitel IV

§§ 23 und 24

§ 25 wird aufgehoben

§§ 28, 29 und 30

Römisch II, Datenschutzgesetz

§ 12 wird aufgehoben

Römisch III, Publikations- und Referendums Klausel, Wirksamkeit

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung der beantragten Gesetzesänderung zuzustimmen.

Diese Änderung ist zu publizieren. Sie unterliegt dem Referendum und wird nach Eintritt der Rechtskraft sofort wirksam.

Die beschlossene Gesetzesänderung ist im Kantonsblatt Nr. 29 vom 17. April 2010 publiziert.

8. Ausgabenbericht Betriebskostenbeitrag des Kantons Basel-Stadt an die Stiftung Frauenhaus beider Basel zum Schutz misshandelter Frauen und Kinder für das Frauenhaus Basel für das Betriebsjahr 2010

[14.04.10 09:32:26, JSD, 10.0285.01, ABE]

Der Regierungsrat beantragt, auf den Ausgabenbericht 10.0285.01 einzutreten und der Stiftung Frauenhaus beider Basel einen Betriebskostenbeitrag in der Höhe von CHF 425'000 zu bewilligen.

Annemarie von Bidder, Grossratspräsidentin: Wir haben den Ausgabenbericht im Einvernehmen mit dem Präsidenten der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission direkt auf die Tagesordnung gesetzt.

Voten: *RR Hanspeter Gass, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD); Lorenz Nägelin (SVP)*

Zwischenfrage

Voten: *Brigitte Hollinger (SP); Lorenz Nägelin (SVP)*

Voten: *Francisca Schiess (SP); Beatrice Alder Finzen (GB); Christine Locher-Hoch (FDP); RR Hanspeter Gass, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ausgabenbericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Antrag

Die Fraktion der Basler SVP beantragt, den Betriebskostenbeitrag auf CHF 389'000 zu reduzieren.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 14 Stimmen, den Antrag der SVP Fraktion **abzulehnen**.

Detailberatung

Publikationsklausel

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig bei 6 Enthaltungen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Stiftung Frauenhaus beider Basel zum Schutz misshandelter Frauen und Kinder, für das Frauenhaus Basel wird für das Betriebsjahr 2010 ein Betriebskostenbeitrag in Höhe von CHF 425'000 (Kostenstelle 307E033; Auftrag 307E03390833) gewährt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

9. Ausgabenbericht Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel (UPK), Gebäude A, Anpassung der Vorfahrt zur Patientenaufnahme. Projektierungs- und Ausführungskredit

[14.04.10 09:47:40, BRK, GD, 09.2213.01, ABE]

Der Regierungsrat und die Bau- und Raumplanungskommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ausgabenbericht 09.2213.01 einzutreten und einen Kredit in der Höhe von insgesamt CHF 500'000 zu bewilligen.

Voten: *Andreas C. Albrecht, Präsident der Bau- und Raumplanungskommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ausgabenbericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Planung und Realisierung der Vorfahrt zur Patientenaufnahme im Gebäude A wird ein Kredit von CHF 500'000 (Baukostenindex Nordwestschweiz; Hochbau Basisjahr 1998, Stand April 2009: 118.3 Punkte) inkl. Mehrwertsteuer, zu Lasten der Rechnungen 2010 (CHF 450'000) und 2011 (CHF 50'000), Investitionsbereich Gesundheit, Teil Hochbauten im Verwaltungsvermögen, Position Nr. 4207.800.56013, bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

10. Ausgabenbericht Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel (UPK), Gebäude R, Definitive Unterbringung der jugendforensischen Ambulanz inkl. einer stationären Abteilung. Projektierungskredit

[14.04.10 09:50:25, BRK, GD, 09.2214.01, ABE]

Der Regierungsrat und die Bau- und Raumplanungskommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ausgabenbericht 09.2214.01 einzutreten und einen Kredit in der Höhe von insgesamt CHF 570'000 zu bewilligen.

Voten: *Andreas C. Albrecht, Präsident der Bau- und Raumplanungskommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ausgabenbericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einzigster Absatz

Publikationsklausel

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig bei einer Enthaltung und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Projektierung der definitiven Unterbringung der jugendforensischen Ambulanz inkl. einer stationären Abteilung, wird ein Kredit von CHF 570'000 (Baukostenindex Nordwestschweiz; Hochbau Basisjahr 1998, Stand April 2009: 118.3 Punkte), inkl. Mehrwertsteuer, zu Lasten der Rechnungen 2010 (CHF 500'000) und 2011 (CHF 70'000), Investitionsbereich Gesundheit, Teil Hochbauten im Verwaltungsvermögen, Position Nr. 4207.800.26004, bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

11. Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für die Universität Basel betreffend Kenntnisnahme der Berichterstattung 2008 der Universität zum Leistungsauftrag gemäss § 19 Buchstabe b des Staatsvertrages über die gemeinsame Trägerschaft der Universität (Universitätsvertrag). Partnerschaftliches Geschäft

[14.04.10 09:53:33, IGPK Universität, ED, 09.0767.02, BER]

Die Interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission für die Universität Basel beantragt, auf den Bericht 09.0767.02 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Voten: *Oskar Herzig, Vizepräsident der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für die Universität Basel; RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED)*

Fraktionsvoten

Voten: *Brigitte Hollinger (SP); Oswald Inglin (CVP); Heidi Mück (GB); Patrick Hafner (SVP)*

Einzelvoten

Voten: *Dominique König-Lüdin (SP); Dieter Werthemann (GLP); Daniel Goepfert (SP)*

Schlussvoten

Voten: *RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED); Oskar Herzig, Vizepräsident der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für die Universität Basel*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Bericht 2008 zum Leistungsauftrag der Universität Basel wird gemäss § 19 Bst. b) des Staatsvertrags über die gemeinsame Trägerschaft der Universität (Universitätsvertrag) vom 27. Juni 2006 zur Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

12. Ratschlag Elsässerstrasse / Kohlenstrasse / Schlachthofstrasse. Projektierung und Ausführung der Umgestaltung des Knotens Elsässerstrasse/Kohlenstrasse/Schlachthofstrasse im Zusammenhang mit der Verlegung der Hünigerstrasse, Ausbaustufe 2

[14.04.10 10:31:41, UVEK, BVD, 09.0766.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 09.0766.01 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Voten: *Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission; RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD)*

Fraktionsvoten

Voten: *Thomas Grossenbacher (GB); Stephan Luethi (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Ziffer 1, Kredit von CHF 8'100'000 im Investitionsbereich 1

Ziffer 2, Kredit von CHF 4'900'000 im Investitionsbereich 2

Die Publikationsklausel wird ergänzt: Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig bei 1 Enthaltung und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

1. Für die Projektierung und Ausführung des Umgestaltungsprojektes Knoten Elsässerstrasse / Kohlenstrasse / Schlachthofstrasse wird ein Kredit von CHF 8'100'000 (Preisbasis schweizerischer Baupreisindex, Nordwestschweiz Tiefbau, Basis April 2008 = 109.6) bewilligt. Der Kredit wird zu Lasten der Investitionsrechnung des Tiefbauamtes (Position 6170.100.2.0007) im Investitionsbereich 1 (Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur) eingestellt.

2. Für die Projektierung und Ausführung des Umgestaltungsprojektes Knoten Elsässerstrasse / Kohlenstrasse / Schlachthofstrasse wird ein Kredit von CHF 4'900'000 (Preisbasis schweizerischer Baupreisindex, Nordwestschweiz Tiefbau, Basis April 2008 = 109.6) bewilligt. Der Kredit wird zu Lasten der Investitionsrechnung des Tiefbauamtes (Position 6170.100.2.0008) im Investitionsbereich 2 (Öffentlicher Verkehr) eingestellt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

13. Schreiben des Regierungsrates zu den Kreditübertragungen von 2009 auf 2010

[14.04.10 10:46:27, FKom, FD, 10.0326.01, SCH]

Der Regierungsrat und die Finanzkommission beantragen, auf das Schreiben zu den Kreditübertragungen von 2009 auf 2010 (10.0326.01) einzutreten und für das Jahr 2009 bewilligte Kredite in der Höhe von gesamthaft CHF 1'839'000 auf das Jahr 2010 zu übertragen.

Voten: *RR Hanspeter Gass, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Schreiben **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig unter Verzicht auf eine zweite Lesung, die beantragten Kreditübertragungen zu genehmigen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Die genehmigten Kreditübertragungen sind im Kantonsblatt Nr. 29 vom 17. April 2010 publiziert.
--

15. Motionen 1 - 5

[14.04.10 10:48:47]

1. Motion Aeneas Wanner und Konsorten betreffend Überprüfung und Aktualisierung der Denkmalschutzgesetzgebung

[14.04.10 10:48:47, 10.5035.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 10.5035 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Beatrice Alder Finzen (GB): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Aeneas Wanner (GLP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 6 Stimmen und 3 Enthaltungen, die Motion 10.5035 dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu **überweisen**.

2. Motion Alexander Gröflin betreffend steuerliche Abzugsfähigkeit von Zuwendungen an politische Parteien

[14.04.10 10:53:11, 10.5041.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 10.5041 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Brigitte Hollinger (SP): beantragt Nichtüberweisung.

Zwischenfrage

Voten: *Baschi Dürr (FDP); Brigitte Hollinger (SP)*

Voten: *Sibel Arslan (GB); Dieter Werthemann (GLP); Greta Schindler (SP); Alexander Gröflin (SVP)*

Zwischenfrage

Voten: *Greta Schindler (SP); Alexander Gröflin (SVP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 48 gegen 32 Stimmen, die Motion 10.5041 dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu **überweisen**.

3. Motion Christine Wirz-von Planta und Konsorten betreffend Sprachniveau für die Erteilung und Verlängerung von Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen sowie zur Erlangung des Bürgerrechts

[14.04.10 11:03:18, 10.5045.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 10.5045 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Tanja Soland (SP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Mehmet Turan (SP); André Weissen (CVP)*

Zwischenfragen

Voten: *Martin Lüchinger (SP); André Weissen (CVP); Jürg Stöcklin (GB); André Weissen (CVP); Elisabeth Ackermann (GB); André Weissen (CVP); Gülsen Oeztürk (SP); André Weissen (CVP)*

Voten: *Christoph Wydler (EVP/DSP); Christine Locher-Hoch (FDP); David Wüest-Rudin (GLP)*

Zwischenfrage

Voten: *Sibel Arslan (GB); David Wüest-Rudin (GLP)*

Voten: *Brigitta Gerber (GB)*

Zwischenfrage

Voten: *Lukas Engelberger (CVP); Brigitta Gerber (GB)*

Voten: *Thomas Strahm (LDP); Sebastian Frehner (SVP)*

Zwischenfragen

Voten: *Tanja Soland (SP); Sebastian Frehner (SVP); Maria Berger-Coenen (SP); Sebastian Frehner (SVP); Mirjam Ballmer (GB); Sebastian Frehner (SVP)*

Voten: *Felix W. Eymann (EVP/DSP)*

Zwischenfrage

Voten: *Brigitta Gerber (GB); Felix W. Eymann (EVP/DSP)*

Voten: *Jürg Meyer (SP); Daniel Goepfert (SP); Ursula Metzger Junco (SP)*

Schluss der 8. Sitzung

12:00 Uhr

Beginn der 9. Sitzung

Mittwoch, 14. April 2010, 15:00 Uhr

Besuch auf der Zuschauertribüne

Die Präsidentin begrüsst eine Gruppe von Lernenden, die ihre Lehre im Erziehungsdepartement absolvieren.

Voten: *Atilla Toptas (SP); Jürg Stöcklin (GB); Patrizia Bernasconi (GB); Sibylle Benz Hübner (SP); Andrea Bollinger (SP); Andreas Burckhardt (LDP)*

Zwischenfrage

Voten: *Michael Wüthrich (GB)*

Andreas Burckhardt (LDP): Die Frage beantwortet sich von selbst.

Voten: *Atilla Toptas (SP); Patrick Hafner (SVP); Christine Wirz-von Planta (LDP)*

Zwischenfragen

Voten: *Brigitta Gerber (GB); Christine Wirz-von Planta (LDP); Sibel Arslan (GB); Christine Wirz-von Planta (LDP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 46 gegen 41 Stimmen bei 5 Enthaltungen, die Motion **abzulehnen**.

Die Motion 10.5045 ist **erledigt**.

Mit JA stimmten (41): André Auderset (LDP), Andreas Burckhardt (LDP), Toni Casagrande (SVP), Christian Egeler (FDP), Lukas Engelberger (CVP), Felix Eymann (EVP/DSP), Sebastian Frehner (SVP), Remo Gallacchi (CVP), Alexander Gröflin (SVP), Patrick Hafner (SVP), Helmut Hersberger (FDP), Oskar Herzig (SVP), Christine Heuss (FDP), Oswald Inglin (CVP), Bruno Jagher (SVP), Ursula Kissling (SVP), Markus Lehmann (CVP), Roland Lindner (SVP), Christine Locher (FDP), Thomas Mall (LDP), Felix Meier (SVP), Ernst Mutschler (FDP), Lorenz Nägelin (SVP), Giovanni Nanni (FDP), Eduard Rutschmann (SVP), Urs Schweizer (FDP), Daniel Stolz (FDP), Thomas Strahm (LDP), Heinrich Ueberwasser (SVP), Emmanuel Ullmann (GLP), Andreas Ungricht (SVP), Heiner Vischer (LDP), Rudolf Vogel (SVP), Roland Vögtli (FDP), Rolf von Aarburg (CVP), Patricia von Falkenstein (LDP), Aeneas Wanner (GLP), André Weissen (CVP), Dieter Werthemann (GLP), Christine Wirz (LDP), David Wüest-Rudin (GLP).

Mit NEIN stimmten (46): Elisabeth Ackermann (GB), Beatrice Alder (GB), Sibel Arslan (GB), Mustafa Atici (SP), Mirjam Ballmer (GB), Markus Benz (GB), Sibylle Benz (SP), Maria Berger (SP), Patrizia Bernasconi (GB), Andrea Bollinger (SP), Brigitta Gerber (GB), Daniel Goepfert (SP), Thomas Grossenbacher (GB), Doris Gysin (SP), Anita Heer (SP), Brigitte Heilbronner (SP), Salome Hofer (SP), Brigitte Hollinger (SP), Dominique König (SP), Martin Lüchinger (SP), Stephan Luethi (SP), Philippe Macherel (SP), Ursula Metzger (SP), Jürg Meyer (SP), Heidi Mück (GB), Loretta Müller (GB), Urs Müller (GB), Gülsen Oeztürk (SP), Franziska Reinhard (SP), Eveline Rommerskirchen (GB), Martina Saner (SP), Tobit Schäfer (SP), Helen Schai (CVP), Francisca Schiess (SP), Greta Schindler (SP), Tanja Soland (SP), Jürg Stöcklin (GB), Sabine Suter (SP), Atilla Toptas (SP), Mehmet Turan (SP), Jörg Vitelli (SP), Guido Vogel (SP), Esther Weber (SP), Ruth Widmer (SP), Michael Wüthrich (GB), Christoph Wydler (EVP/DSP).

Der Stimme enthalten haben sich (5): Andreas Albrecht (LDP), Martina Bernasconi (GLP), Conradin Cramer (LDP), Baschi Dürr (FDP), Bülent Pekerman (GLP).

Abwesend waren (7): Peter Bochsler (EVP/DSP), Christophe Haller (FDP), Balz Herter (CVP), Beat Jans (SP), Christine Keller (SP), Annemarie Pfeifer (EVP/DSP), Samuel Wyss (SVP).

Nicht gestimmt hat: Annemarie von Bidder (Grossratspräsidentin).

14. Neue Interpellationen

[14.04.10 15:45:34]

Interpellation Nr. 16 Baschi Dürr betreffend vorfrankiertes Steuercouvert

[14.04.10 15:45:34, FD, 10.5068.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD); Baschi Dürr (FDP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 10.5068 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 17 Andreas Ungricht betreffend Sozialversicherungsbeiträge an Sans-Papiers im Kanton Basel-Stadt

[14.04.10 15:52:25, WSU, 10.5069.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Andreas Ungricht (SVP)*

Interpellation Nr. 18 Ursula Metzger Junco P. betreffend Haftbedingungen von Minderjährigen in Administrativhaft

[14.04.10 15:54:47, JSD, 10.5070.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Hanspeter Gass, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD); Ursula Metzger Junco (SP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 10.5070 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 19 Andreas Burckhardt betreffend objektive und unvoreingenommene Behandlung des Referendums gegen die Parkraumbewirtschaftung

[14.04.10 16:05:28, BVD, 10.5083.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Andreas Burckhardt (LDP)*

Interpellation Nr. 20 Beat Jans betreffend Beschleunigung des dritten Juradurchstiches

[14.04.10 16:09:16, BVD, 10.5086.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 21 Ursula Kissling betreffend Kuscheljustiz in Basel

[14.04.10 16:09:46, PD, 10.5088.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 22 André Auderset betreffend Hassprediger in Basel

[14.04.10 16:10:04, PD, 10.5089.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidualdepartementes (PD); André Auderset (LDP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 10.5089 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 23 Atila Toptas betreffend Schwimmunterricht an den Basler Schulen

[14.04.10 16:21:20, ED, 10.5090.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 24 Dieter Werthemann betreffend Vertretung der Pensionskasse Basel-Stadt an der Generalversammlung der UBS und anderen Gesellschaften

[14.04.10 16:21:40, FD, 10.5091.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *Dieter Werthemann (GLP); RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD); Dieter Werthemann (GLP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 10.5091 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 25 Alexander Gröflin betreffend den Vorfällen in Basels Moscheen

[14.04.10 16:29:47, JSD, 10.5092.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *Alexander Gröflin (SVP); RR Hanspeter Gass, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD); Alexander Gröflin (SVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 10.5092 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 26 Christoph Wydler betreffend Schutz von Kindern vor kommerzialisierter Sexualität

[14.04.10 16:43:27, WSU, 10.5095.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 27 Tobit Schäfer betreffend Kulturleitbild

[14.04.10 16:43:48, PD, 10.5099.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 28 Dominique König-Lüdin betreffend Protestbrief der EDK (Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren) und SODK (Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren) zu den geplanten Sparmassnahmen des Bundes

[14.04.10 16:44:08, ED, 10.5100.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

15. Motionen 1 - 5

[14.04.10 16:44:44]

4. Motion David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Änderung Integrationsgesetz §5

[14.04.10 16:44:44, 10.5046.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 10.5046 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Jürg Stöcklin (GB): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Patrizia Bernasconi (GB); Remo Gallacchi (CVP); Mustafa Atici (SP); Sebastian Frehner (SVP); Christine Wirz-von Planta (LDP); Tanja Soland (SP)*

Zwischenfrage

Voten: *Sebastian Frehner (SVP); Tanja Soland (SP)*

Voten: *Ursula Metzger Junco (SP); David Wüest-Rudin (GLP)*

Zwischenfrage

Voten: *Mustafa Atici (SP); David Wüest-Rudin (GLP)*

Der Grosse Rat beschliesst

unter Namensaufruf mit 45 gegen 43 Stimmen bei 3 Enthaltungen, die Motion **abzulehnen**.

Die Motion 10.5046 ist **erledigt**.

Mit JA stimmten (43): André Auderset (LDP), Martina Bernasconi (GLP), Peter Bochsler (EVP/DSP), Toni Casagrande (SVP), Conradin Cramer (LDP), Christian Egeler (FDP), Lukas Engelberger (CVP), Sebastian Frehner (SVP), Remo Gallacchi (CVP), Alexander Gröflin (SVP), Patrick Hafner (SVP), Helmut Hersberger (FDP), Oskar Herzig (SVP), Christine Heuss (FDP), Oswald Inglin (CVP), Bruno Jagher (SVP), Ursula Kissling (SVP), Markus Lehmann (CVP), Roland Lindner (SVP), Christine Locher (FDP), Thomas Mall (LDP), Felix Meier (SVP), Ernst Mutschler (FDP), Lorenz Nägelin (SVP), Giovanni Nanni (FDP), Eduard Rutschmann (SVP), Helen Schai (CVP), Urs Schweizer (FDP), Daniel Stolz (FDP), Thomas Strahm (LDP), Heinrich Ueberwasser (SVP), Emmanuel Ullmann (GLP), Andreas Ungricht (SVP), Heiner Vischer (LDP), Rudolf Vogel (SVP), Rolf von Aarburg (CVP), Patricia von Falkenstein (LDP), Aeneas Wanner (GLP), André Weissen (CVP), Dieter Werthemann (GLP), Christine Wirz (LDP), David Wüest-Rudin (GLP), Samuel Wyss (SVP).

Mit NEIN stimmten (45): Elisabeth Ackermann (GB), Beatrice Alder (GB), Sibel Arslan (GB), Mustafa Atici (SP), Mirjam Ballmer (GB), Markus Benz (GB), Sibylle Benz (SP), Maria Berger (SP), Patrizia Bernasconi (GB), Andrea Bollinger (SP), Brigitta Gerber (GB), Daniel Goepfert (SP), Thomas Grossenbacher (GB), Doris Gysin (SP), Anita Heer (SP), Brigitte Heilbronner (SP), Salome Hofer (SP), Brigitte Hollinger (SP), Dominique König (SP), Martin Lüchinger (SP), Stephan Luethi (SP), Philippe Macherel (SP), Ursula Metzger (SP), Jürg Meyer (SP), Heidi Mück (GB), Loretta Müller (GB), Urs Müller (GB), Gülsen Oeztürk (SP), Franziska Reinhard (SP), Eveline Rommerskirchen (GB), Martina Saner (SP), Tobit Schäfer (SP), Francisca Schiess (SP), Greta Schindler (SP), Tanja Soland (SP), Jürg Stöcklin (GB), Sabine Suter (SP), Atilla Toptas (SP), Mehmet Turan (SP), Jörg Vitelli (SP), Guido Vogel (SP), Esther Weber (SP), Ruth Widmer (SP), Michael Wüthrich (GB), Christoph Wydler (EVP/DSP).

Der Stimme enthalten haben sich (3): Andreas Albrecht (LDP), Baschi Dürr (FDP), Bülent Pekerman (GLP).

Abwesend waren (8): Andreas Burckhardt (LDP), Felix Eymann (EVP/DSP), Christophe Haller (FDP), Balz Herter (CVP), Beat Jans (SP), Christine Keller (SP), Annemarie Pfeifer (EVP/DSP), Roland Vögli (FDP).

Nicht gestimmt hat: *Annemarie von Bidder (Grossratspräsidentin).*

5. Motion Lukas Engelberger und Konsorten betreffend klarere und verbindlichere Einbürgerungskriterien

[14.04.10 17:26:02, 10.5047.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 10.5047 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Ursula Metzger Junco (SP): beantragt Nichtüberweisung.

Zwischenfrage

Voten: *Patrick Hafner (SVP); Ursula Metzger Junco (SP)*

Voten: *Dieter Werthemann (GLP); Michael Wüthrich (GB); Patrick Hafner (SVP); Christine Wirz-von Planta (LDP)*

Zwischenfrage

Voten: *Tanja Soland (SP); Christine Wirz-von Planta (LDP)*

Voten: *Urs Müller-Walz (GB)*

Zwischenfrage

Voten: *Patrick Hafner (SVP); Urs Müller-Walz (GB);*

Voten: *Lukas Engelberger (CVP)*

Zwischenfrage

Voten: *Tanja Soland (SP); Lukas Engelberger (CVP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit Stichtentscheid der Grossratspräsidentin mit 45 gegen 45 Stimmen bei 2 Enthaltungen, die Motion **abzulehnen**.

Die Motion 10.5047 ist **erledigt**.

Mit JA stimmten (45): *Andreas Albrecht (LDP), André Auderset (LDP), Martina Bernasconi (GLP), Peter Bochslar (EVP/DSP), Andreas Burckhardt (LDP), Toni Casagrande (SVP), Conradin Cramer (LDP), Baschi Dürr (FDP), Christian Egeler (FDP), Lukas Engelberger (CVP), Sebastian Frehner (SVP), Remo Gallacchi (CVP), Alexander Gröflin (SVP), Patrick Hafner (SVP), Helmut Hersberger (FDP), Oskar Herzig (SVP), Christine Heuss (FDP), Oswald Inglin (CVP), Bruno Jagher (SVP), Ursula Kissling (SVP), Markus Lehmann (CVP), Roland Lindner (SVP), Christine Locher (FDP), Thomas Mall (LDP), Felix Meier (SVP), Ernst Mutschler (FDP), Lorenz Nägelin (SVP), Giovanni Nanni (FDP), Eduard Rutschmann (SVP), Helen Schai (CVP), Urs Schweizer (FDP), Daniel Stolz (FDP), Thomas Strahm (LDP), Heinrich Ueberwasser (SVP), Andreas Ungricht (SVP), Heiner Vischer (LDP), Rudolf Vogel (SVP), Rolf von Aarburg (CVP), Patricia von Falkenstein (LDP), Aeneas Wanner (GLP), André Weissen (CVP), Dieter Werthemann (GLP), Christine Wirz (LDP), David Wüest-Rudin (GLP), Samuel Wyss (SVP).*

Mit NEIN stimmten (45): *Elisabeth Ackermann (GB), Beatrice Alder (GB), Sibel Arslan (GB), Mustafa Atici (SP), Mirjam Ballmer (GB), Markus Benz (GB), Sibylle Benz (SP), Maria Berger (SP), Patrizia Bernasconi (GB), Andrea Bollinger (SP), Brigitta Gerber (GB), Daniel Goepfert (SP), Thomas Grossenbacher (GB), Doris Gysin (SP), Anita Heer (SP), Brigitte Heilbronner (SP), Salome Hofer (SP), Brigitte Hollinger (SP), Dominique König (SP), Martin Lüchinger (SP), Stephan Luethi (SP), Philippe Macherel (SP), Ursula Metzger (SP), Jürg Meyer (SP), Heidi Mück (GB), Loretta Müller (GB), Urs Müller (GB), Gülsen Oeztürk (SP), Franziska Reinhard (SP), Eveline Rommerskirchen (GB), Martina Saner (SP), Tobit Schäfer (SP), Francisca Schiess (SP), Greta Schindler (SP), Tanja Soland (SP), Jürg Stöcklin (GB), Sabine Suter (SP), Atilla Toptas (SP), Mehmet Turan (SP), Jörg Vitelli (SP), Guido Vogel (SP), Esther Weber (SP), Ruth Widmer (SP), Michael Wüthrich (GB), Christoph Wydler (EVP/DSP).*

Der Stimme enthalten haben sich (2): *Bülent Pekerman (GLP), Emmanuel Ullmann (GLP).*

Abwesend waren (7): *Felix Eymann (EVP/DSP), Christophe Haller (FDP), Balz Herter (CVP), Beat Jans (SP), Christine Keller (SP), Annemarie Pfeifer (EVP/DSP), Roland Vögli (FDP).*

Stichentscheid: *Annemarie von Bidder (Grossratspräsidentin).*

Annemarie von Bidder, Grossratspräsidentin: begründet ihren ablehnenden Stichentscheid.

Schriftliche Anfragen

Es sind folgende Schriftlichen Anfragen eingegangen:

- Schriftliche Anfrage Alexander Gröflin betreffend den Aussagen des Sekretärs der Muslimischen Gemeinde Basel in SF "DOK" (10.5094.01).
- Schriftliche Anfrage Alexander Gröflin betreffend des Verhaltens der Abteilung "Integration und Gleichstellung" rund um das Minarett-Verbot und den DOK-Film des Schweizer Fernsehens (10.5093.01).
- Schriftliche Anfrage Sabine Suter betreffend Velofahren entlang der Migros Eglisee (10.5097.01).
- Schriftliche Anfrage Christophe Haller betreffend Observierung von potentiellen IV-Betrügnern (10.5098.01).
- Schriftliche Anfrage Lorenz Nägelin betreffend verschärfte Kontrollen in den Basler Moscheen und Räumlichkeiten muslimischer Vereinigungen (10.5101.01).
- Schriftliche Anfrage Elisabeth Ackermann betreffend neuer Leitung an der Volksschule (10.5XXX).

Die Schriftlichen Anfragen werden dem Regierungsrat zur Beantwortung innert drei Monaten überwiesen.

Schluss der 9. Sitzung

18:00 Uhr

Basel, 15. April 2010

Annemarie von Bidder
Grossratspräsidentin

Thomas Dähler
I. Ratssekretär

Anhang A: Neue Geschäfte (Zuweisung)

Direkt auf die Tagesordnung kommen		Komm.	Dep.	Dokument
1.	Bestätigung von Bürgeraufnahmen.		JSD	10.0224.01 10.0363.01
2.	Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für die Universität Basel betreffend Kenntnisnahme der Berichterstattung 2008 der Universität zum Leistungsauftrag gemäss § 19 Buchstabe b des Staatsvertrages über die gemeinsame Trägerschaft der Universität vom 27. Juni 2006 (Universitätsvertrag). <i>Partnerschaftliches Geschäft</i>	IGPK Uni	ED	09.0767.02
3.	Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Ratschlag 09.0298.01 betreffend Änderung des Gesetzes über das Aufenthaltswesen vom 16. September 1998 (Aufenthaltsgesetz) (SG 122.200).	JSSK	JSD	09.0298.02
4.	Ausgabenbericht Betriebskostenbeitrag des Kantons Basel-Stadt an die Stiftung Frauenhaus beider Basel zum Schutz misshandelter Frauen und Kinder für das Frauenhaus Basel für das Betriebsjahr 2010.		JSD	10.0285.01
5.	Schreiben des Regierungsrates zu den Kreditübertragungen von 2009 auf 2010.	FKom	FD	10.0326.01
6.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P271 "Zum Schutz des letzten Grüngürtels zum Gundeli"	PetKo		09.5354.02
7.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P273 "Für einen Jugendtreff in Kleinhüningen"	PetKo		09.5369.02
8.	Schreiben des Ratsbüros betreffend Begleitung von Staatsverträgen	Ratsbüro		10.5048.01
9.	Schreiben des Regierungsrates zur Kantonalen Volksinitiative für eine faire Einbürgerung (Sprachinitiative) - <i>weiteres Vorgehen nach dem Beschluss der rechtlichen Zulässigkeit</i>		JSD	09.1821.02
10.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend kostenloses Deponieren von Armeewaffen im Zeughaus.		JSD	08.5055.02
11.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Beat Jans und Konsorten betreffend Entlastung der Polizei bei Lärmklagen.		JSD	09.5297.02
12.	Schreiben des Regierungsrates zum Antrag Talha Ugur Camlibel und Konsorten zur Einreichung einer Standesinitiative betreffend Bürgerrechtserwerb durch Geburt.		JSD	08.5184.02
13.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Emmanuel Ullmann und Konsorten für eine Flexibilisierung des Kindergarteneintrittes.		ED	09.5290.02
14.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Markus Lehmann und Konsorten betreffend neue Definition der Ziele und Aufgaben des Erziehungsrates.		ED	01.6910.04
15.	Schreiben des Regierungsrates zum Antrag Hans-Peter Wessels und Konsorten zur Einreichung einer Standesinitiative betreffend Schaffung eines Bundes-Departements für Bildung, Forschung und Innovation.		ED	05.8318.02
16.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sibylle Benz Hübner und Konsorten betreffend Erweiterung der Begegnungszone um den Falkensteinerpark.		BVD	06.5053.03
17.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christoph Wydler und Konsorten betreffend digitalen Fernsehempfang im Basler Kabelnetz ohne Zusatzgebühren.		WSU	07.5381.02
18.	Schreiben des Regierungsrates zum Antrag Elisabeth Ackermann und Konsorten zur Einreichung einer Standesinitiative betreffend Einführung eines Pfandes auf alle Getränkeflaschen (Glas und PET) und Getränkedosen.		WSU	08.5034.02
19.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Patrick Hafner und Konsorten betreffend Sinn und Unsinn von Laubbläsern.		BVD	07.5386.02

- | | | | |
|-----|---|-----|------------|
| 20. | Schreiben des Regierungsrates zur Motion Beat Jans und Konsorten betreffend Rosentalstrasse 9-13; Antrag zur Fristverlängerung für die Umsetzung. | BVD | 05.8394.03 |
| 21. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Stefan Maurer und Konsorten betreffend Ausbau der Bushaltestellen am Bahnhof Basel SBB. | BVD | 08.5020.02 |

Überweisung an Kommissionen

- | | | | | |
|-----|--|-------------|-----|--------------------------|
| 22. | Bericht des Regierungsrates zur Initiative "zur Überprüfung der öffentlichen Aufgaben des Kantons Basel-Stadt" (GAP-Initiative) und Ratschlag und Entwurf im Sinne einer Ausformulierung der Initiative zu einer Änderung des Gesetzes über den kantonalen Finanzhaushalt vom 16. April 1997. | FKom | FD | 09.0296.03 |
| 23. | Bericht des Regierungsrates zur Initiative "für ein griffiges Finanzreferendum" (Finanzreferendums-Gesetz). | FKom | FD | 09.0295.03 |
| 24. | Ratschlag zu einer Teilrevision des Gesetzes über die direkten Steuern (Steuergesetz, StG) vom 12. April 2000 betreffend Verfahren vor der Steuerrekurskommission. | WAK | FD | 10.0197.01 |
| 25. | Ratschlag und Entwurf für ein neues Trödel- und Pfandleihgesetz sowie Aufhebung des Gesetzes über das Hausierwesen, die Wanderlager, den zeitweiligen Gewerbebetrieb, die öffentlichen Aufführungen und Schaustellungen sowie das Trödel- und Pfandleihgewerbe vom 7. Dezember 1933 (SG 562.520) sowie Teilrevision des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr vom 10. März 2004 (SG 951.100) sowie Teilrevision des Übertretungsstrafgesetzes vom 15. Juni 1978 (SG 253.100). | WAK | JSD | 10.0282.01 |
| 26. | Ratschlag zu einem Gesetz über die Einführung der Schweizerischen Zivilprozessordnung (EG ZPO) und zur Änderung verschiedener damit zusammenhängender Gesetze. | JSSK | JSD | 09.0915.01 |
| 27. | Ratschlag Gesamtschweizerische und regionale Harmonisierung der Schulen (Bildungsraum Nordwestschweiz) - Ergänzung betreffend die Entlohnung der unbefristet angestellten Lehrpersonen. | BKK | ED | 10.0413.01 |
| 28. | Ratschlag Entwicklungsplan Dreispitz. Freigabe von Krediten für die Planung und Projektierung. | BRK | BVD | 10.0368.01 |
| 29. | Ratschlag Festsetzung eines Bebauungsplans St. Alban-Anlage / Sevogelstrasse (Gellert-Garage). | BRK | BVD | 10.0370.01 |
| 30. | Ratschlag Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel (UKP), Gebäude S, Erstellung eines temporären Wohnmoduls für eine Akut-Abteilung. Ausführungskredit. | BRK | GD | 10.0453.01 |
| 31. | Ausgabenbericht Universitäts-Kinderspitale beider Basel (UKBB betreffend Anpassungen Schanzenstrasse / Spitalstrasse. | UVEK | BVD | 10.0277.01 |
| 32. | Ratschlag Morgartenring Abschnitt im langen Loh bis General Guisan-Strasse. | UVEK | BVD | 10.0372.01 |
| 33. | Ausgabenbericht Umgestaltung Lörracherstrasse. Planung und Projektierung von flankierenden Massnahmen zur Zollfreien Strasse auf der Lörracherstrasse und der Baselstrasse, Abschnitt Gartengasse bis Inzlingerstrasse sowie Schreiben zum Anzug Roland Engeler-Ohnemus und Konsorten betreffend flankierende Massnahmen zur Zollfreien Strasse. | UVEK | BVD | 10.0357.01
07.5009.03 |
| 34. | Rücktritt von Dr. Lukas Schaub als Leitender Staatsanwalt per 30. September 2010. | WVKo | | 10.5082.01 |

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

- | | | | |
|-----|---|--|------------|
| 35. | Motionen: | | |
| a) | Balz Herter und Konsorten betreffend der "Verordnung in betreff des Trommelns vom 10. Januar 1852" | | 10.5067.01 |
| b) | Samuel Wyss und Konsorten betreffend dem Schutz des Gewerbes, des öffentlichen Verkehrs und der Bevölkerung vor ausartenden Demonstrationen | | 10.5075.01 |

- | | | | |
|-----|---|-----|------------|
| c) | Sebastian Frehner und Konsorten betreffend Entzug der Aufenthaltsbewilligung für Eltern, die ihre Kinder vom obligatorischen Schwimmunterricht fernhalten | | 10.5080.01 |
| d) | Alexander Gröflin betreffend Deutschkenntnisse als Voraussetzung für den Eintritt in die Volksschule | | 10.5085.01 |
| 36. | Anzüge: | | |
| a) | Helmut Hersberger und Konsorten betreffend gemeinsame Verkehrskommission BL-BS | | 10.5059.01 |
| b) | Jürg Meyer und Konsorten betreffend Erarbeitung einer Wohnpolitik mit ökologischer und sozialer Verantwortung für alle Bevölkerungsteile | | 10.5065.01 |
| c) | Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Entwicklung des Landhofs zu einem Erholungs- und Freizeitpark | | 10.5073.01 |
| d) | Lorenz Nägelin und Konsorten Prüfung von Ausnüchterungszellen | | 10.5074.01 |
| e) | Rolf von Aarburg und Konsorten betreffend Numerus clausus trotz Ärztemangel | | 10.5078.01 |
| f) | Daniel Goepfert und Konsorten für neue Wohnungen auf dem Gebiet des Felix Platter-Spitals | | 10.5079.01 |
| 37. | Bericht des Regierungsrates zur kantonalen Initiative "Stimmrecht für Migrantinnen und Migranten" sowie Ratschlag und Entwurf im Sinne eines Gegenvorschlages zu einer Änderung der Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23. März 2005. | PD | 09.0385.03 |
| 38. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Toni Casagrande und Konsorten betreffend Ergänzung des § 63 Polizeigesetz. | JSD | 07.5248.03 |
| 39. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend kinderfreundliches Basel. | ED | 07.5376.02 |
| 40. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Peter Zinkernagel und Konsorten betreffend Sanierungskonzept der "Wohnsiedlung Bäumlihof". | FD | 07.5387.02 |

Kenntnisnahme

- | | | | |
|-----|---|-----|------------|
| 41. | Öffentliche Gebäude. Begeh- und Nutzbarmachung für Menschen mit einer Behinderung. Zwischenbericht zum Stand der Ausführungen. | BVD | 04.0704.03 |
| 42. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Patrizia Bernasconi betreffend Tramlinie 14-Verlängerung nach Kleinhüningen. | BVD | 09.5365.02 |
| 43. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Stephan Luethi-Brüderlin betreffend Öffnung des Badwegleins für Velos. | BVD | 09.5352.02 |
| 44. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Emmanuel Ullmann zu den Prämienverbilligungen. | WSU | 09.5334.02 |
| 45. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Thomas Mall betreffend Fristeinhaltungskontrolle bei der Steuerverwaltung. | FD | 09.5360.02 |
| 46. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Brigitte Hollinger zum Verkauf von Lachgas als Partydroge. | JSD | 09.5359.02 |
| 47. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Isabel Koellreuter und Konsorten betreffend kulturelles Erbe aus Arbeit, Gewerbe und Industrie (stehen lassen). | PD | 07.5272.02 |
| 48. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend öffentliches Veloverleihsystem (stehen lassen). | BVD | 07.5326.02 |
| 49. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Esther Weber Lehner und Konsorten betreffend Schulsozialarbeit an der Volksschule Basel (stehen lassen). | ED | 07.5358.02 |
| 50. | Rücktritt von Conradin Cramer als Mitglied der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (auf den Tisch des Hauses). | | 10.5071.01 |

- | | | | |
|-----|---|-----|------------|
| 51. | Rücktritt von Bülent Pekerman als Mitglied der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (auf den Tisch des Hauses). | | 10.5084.01 |
| 52. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Roland Engeler-Ohnemus und Konsorten betreffend Optimierung der Baselstrasse in Riehen (stehen lassen). | BVD | 08.5086.02 |
| 53. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Brigitta Gerber betreffend Benachteiligung Alleinerziehender in partnerschaftlicher Wohngemeinschaft bei der kantonalen Besteuerung 2007. | FD | 10.5022.02 |
| 54. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Sebastian Frehner betreffend Steuerbelastungen in der Agglomeration. | FD | 09.5375.02 |

Anhang B: Neue Vorstösse

Motionen

a) Motion betreffend der "Verordnung in betreff des Trommelns vom 10. Januar 1852"

10.5067.01

Wer in Basel ausserhalb der Fasnachtszeit auf einer Basler Trommel musizieren möchte (Übung, Ständeli, Auftritt, etc.), muss sich beim Waffenbüro an der Spiegelgasse eine Trommelbewilligung organisieren, was einen unnötigen Aufwand für den Antragssteller sowie den Kanton bedeutet. Musikvereine oder Guggenmusiken sind hingegen nicht bewilligungspflichtig, was die zahlreichen Cliquentambouren dieser Stadt diskriminiert und ihre - teils Jahrhunderte alte - Musik als Lärm verunglimpft.

Als Grundlage des Trommelverbots dient die "Verordnung in betreff des Trommelns" vom 10. Januar 1852 (SG 782.400).

Diese Verordnung ist alles andere als zeitgemäss und ist in gewissen Punkten fast schon zu belächeln - wo in der Stadt gibt es noch Pferde, welche aufgeschreckt werden können? Die Basler Trommel sollte zukünftig gleich behandelt werden wie andere Musikinstrumente. Die momentane Gesetzgebung reicht vollständig aus, um Lärmklagen nachzugehen.

Die Unterzeichnenden bitten aus diesen Gründen den Regierungsrat, diese veraltete Verordnung zu überprüfen und gegebenenfalls zu streichen.

Balz Herter, André Weissen, Salome Hofer, Helen Schai-Zigerlig, Lukas Engelberger, Heiner Vischer, André Auderset, Giovanni Nanni, Andreas Ungricht, Samuel Wyss, Thomas Grossenbacher, Rolf von Aarburg, Urs Schweizer, Remo Gallacchi, Stephan Luethi-Brüderlin, Andreas Burckhardt, Thomas Mall, Christine Wirz-von Planta, Heinrich Ueberwasser, Oswald Inglin, Christophe Haller, Dieter Werthemann, Beatrice Alder, Peter Bochsler, Felix W. Eymann, Bülent Pekerman

b) Motion betreffend dem Schutz des Gewerbes, des öffentlichen Verkehrs und der Bevölkerung vor ausartenden Demonstrationen

10.5075.01

Das Recht zur freien Meinungsäusserung und die Möglichkeit zu demonstrieren ist äusserst wichtig und sollte auch in Zukunft dringend gewährt werden.

Doch scheint es, dass Chaoten, welche sich unter die friedlich demonstrierenden Personen mischen, immer öfters in Erscheinung treten.

Bei Ausschreitungen werden Schmierereien, eingeschlagene Scheiben und Brandstiftungen verursacht. Unbeteiligte Passanten werden gefährdet, Privatbesitz beschädigt oder gar zerstört, der öffentliche Verkehr massiv gestört und das Gewerbe erleidet Verkaufseinbussen.

Die Motionäre sind der Meinung, dass:

1. Bei der Bewilligungserteilung dafür zu sorgen ist, dass in Basel für Demonstrationen künftig eine Route bestimmt wird, welche weder das Gewerbe beeinträchtigt noch den öffentlichen Verkehr/Individualverkehr behindert, aber das Recht zur freien Meinungsäusserung resp. die Möglichkeit zu demonstrieren weitgehend gewährt wird.
2. Zudem in Zukunft keine Demonstrationen ausserhalb einer solchen Route zu bewilligen sind.
3. Weiter, während Grossanlässen (Messen, Fasnacht, Herbstmesse, grossen Sportevents, Feiertagen exkl. 1. Mai) keine Demonstrationen zu bewilligen und zu dulden sind.

Die Unterzeichnenden stellen dem Grossen Rat deshalb den Antrag, den Regierungsrat zu verpflichten, dem Parlament innert eines Jahres eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, welche die Anliegen der Motionäre berücksichtigt.

Samuel Wyss, Lorenz Nägelin, Toni Casagrande, Rudolf Vogel, Roland Vögtli, Rolf von Aarburg, Felix W. Eymann, Peter Bochsler, Bruno Jagher, Roland Lindner, Patrick Hafner, Giovanni Nanni, Urs Schweizer, Andreas Ungricht, André Weissen, Eduard Rutschmann, Ursula Kissling-Rebholz, Thomas Strahm, Ernst Mutschler, Alexander Gröflin, Andreas Burckhardt, Sebastian Frehner, Felix Meier, Oskar Herzig-Jonasch, Heinrich Ueberwasser, Thomas Mall

c) Motion betreffend Entzug der Aufenthaltsbewilligung für Eltern, die ihre Kinder vom obligatorischen Schwimmunterricht fernhalten

10.5080.01

Sebastian Frehner hat in seiner Schriftlichen Anfrage 09.5339.02 den Regierungsrat unter anderem gefragt, wie viele muslimische Schüler/innen in den letzten Jahren vom Schwimmunterricht dispensiert wurden. In ihrer Antwort gab die Regierung an, dass seit 2007 nur auf der Stufe WBS jährlich höchstens ein Dispensgesuch behandelt wurde.

Wie Recherchen von Telebasel vom 10.03.2010 ergaben, ist dies nur die halbe Wahrheit: Alleine im Voltaschulhaus gibt es vier Mädchen, die seit längerer Zeit nicht am Schwimmunterricht teilnehmen, obwohl dies gesetzlich vorgeschrieben wäre. Und obwohl die Schulhausleitung die Vorfälle dem Rektorat meldete, hat weder die Rektorin noch das Erziehungsdepartement interveniert.

Migrantinnen und Migranten sollen nur ein Aufenthaltsrecht in unserem Kanton haben, wenn sie gewillt sind, sich zu integrieren. Integration setzt voraus, dass die Betroffenen bereit sind, unsere Gesetze einzuhalten und sich an unsere Gepflogenheiten anzupassen. Eltern, die ihre Kinder aus privaten Gründen und ohne Dispens nicht in den obligatorischen Schwimmunterricht schicken, verstossen gegen Schulgesetz und Schulordnung. Die Bundesverfassung gewährt den Kindern zudem einen Anspruch auf unentgeltlichen Grundschulunterricht (Art. 19 BV).

Die Unterzeichnenden sind der Meinung, dass ausländischen Eltern, die der Pflicht, ihre Kinder in den obligatorischen Schwimmunterricht zu schicken, auch nach wiederholter Aufforderung nicht nachkommen, die Aufenthaltsbewilligung entzogen werden soll, da diesen offensichtlich der Wille zur Integration fehlt.

Die Unterzeichnenden stellen dem Grossen Rat deshalb den Antrag, den Regierungsrat zu verpflichten, dem Parlament innert eines Jahres eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, die es ermöglicht, Migrantinnen und Migranten, die ihre Kinder in gesetzeswidriger Art und Weise davon abhalten, am obligatorischen Schwimmunterricht teil zu nehmen, die Aufenthaltsbewilligung zu entziehen.

Sebastian Frehner, Christophe Haller, Peter Bochsler, Christine Wirz-von Planta, André Weissen, Martina Bernasconi, Oskar Herzig-Jonasch, Patrick Hafner, Alexander Gröflin, Heinrich Ueberwasser, Lorenz Nägelin, Toni Casagrande, Rudolf Vogel, Samuel Wyss, Rolf von Aarburg, Heiner Vischer, Christine Heuss, André Auderset, Conradin Cramer, Eduard Rutschmann, Thomas Strahm, Remo Gallacchi, Ursula Kissling-Rebholz, Andreas Ungricht, Daniel Stolz, Urs Schweizer, Felix Meier, Andreas Burckhardt, Roland Vögli, Balz Herter, Dieter Werthemann, Bruno Jagher, Giovanni Nanni

d) Motion betreffend Deutschkenntnisse als Voraussetzung für den Eintritt in die Volksschule

10.5085.01

Mangelnde Deutschkenntnisse wirken sich nicht nur auf die Leistungen im Deutschunterricht aus, sondern verhindern Schulerfolg in nahezu allen Fächern der Volksschule. Diese vermindern die Chancen auf eine gute Ausbildung nach Schulabschluss erheblich. Nicht eintretender Schulerfolg und Chancenlosigkeit sind Ursachen für Motivationslosigkeit, Frustration und Disziplinlosigkeit und somit letztlich ein möglicher Grund für Jugendgewalt und die steigende Zahl an Jugendarbeitslosigkeit.

Zudem gilt es als erwiesen, dass ein zu hoher Anteil an Kindern, welche ungenügende Deutschkenntnisse aufweisen, die Leistungsfähigkeit der gesamten Klasse mindert, insbesondere in kognitiven Fächern. Kinder, die in unseren Volksschulen bestehen sollen, müssen daher unbedingt über die notwendigen sprachlichen Voraussetzungen verfügen.

Die Unterzeichnenden stellen dem Grossen Rat deshalb Antrag, den Regierungsrat zu verpflichten, dem Parlament innert eines Jahres eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, die es ermöglicht die folgenden Anliegen der Motionäre umzusetzen:

1. Schülerinnen und Schüler mit einer anderen Muttersprache als Deutsch werden nur in Regelklassen der Basler Volksschule integriert, wenn ihre Deutschkenntnisse als ausreichend für einen positiven Schulerfolg beurteilt werden.
2. Für die Feststellung, ob die Deutschkenntnisse für den Eintritt in eine Regelklasse ausreichend sind, werden durch das Erziehungsdepartement einheitliche Testverfahren entwickelt und durch die zuständigen Stellen angewendet (Sprachprüfung mündlich und schriftlich).
3. Schülerinnen und Schüler, die aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse nicht in eine Regelklasse integriert werden können, sollen Sprachintensivkurse besuchen müssen, welche es ihnen ermöglichen, ihre Deutschkenntnisse rasch möglichst auf einen Standard zu bringen, der es ihnen erlaubt, eine Regelklasse zu besuchen.

Alexander Gröflin

Anzüge

a) Anzug betreffend gemeinsame Verkehrskommission BL-BS

10.5059.01

Die beiden Basel sind auf verschiedensten Ebenen eng miteinander verflochten: Als Wirtschaftsstandort, in den Bereichen Bildung und Kultur sowie als Lebensraum. Ein gut ausgebautes und funktionierendes Verkehrssystem bildet den Schlüssel für die tägliche Mobilität über die Kantonsgrenzen hinweg und damit für wirtschaftliche Prosperität. Der Tarifverbund Nordwestschweiz (TNW) ist ein Paradebeispiel für geglückte grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Kantone im Verkehrsbereich im Interesse und zum Wohl der Bevölkerung.

Allerdings häufen sich in jüngster Zeit Situationen, die nach verbesserter Koordination rufen:

Denn damit steht das Wohl der ganzen Region auf dem Spiel. Die Weiterentwicklung der Regio-S-Bahn (Herzstück), die Tramerschliessung der Gemeinde Allschwil oder die Parkraumbewirtschaftung von Basel und den Agglomerationsgemeinden, um ein paar konkrete Beispiele zu nennen, hätten es eigentlich verdient, von Beginn an gemeinsam von beiden Kantonen entwickelt zu werden. Das jüngste Beispiel - unterschiedliche Prioritäten bei der Trambeschaffung - unterstreicht den Handlungsbedarf.

Basel-Stadt und Basel-Landschaft können es sich nicht weiter leisten, in solch wichtigen Fragen gegeneinander zu arbeiten. Um die unterschiedlichen Bedürfnisse aufzunehmen, um Missverständnisse zu vermeiden, und gemeinsame Lösungsansätze zu finden, sind die Regierungen der beiden Kantone aufgerufen, effizientere Formen der Zusammenarbeit zu prüfen.

Ich ersuche daher den Regierungsrat, zusammen mit Basel-Landschaft die Modalitäten (Ziele, Aufgaben, Zusammensetzung, Kompetenzen) einer gemeinsamen Verkehrskommission, zu entwickeln. Diese gemeinsame Kommission kann dann Lösungen für regional bedeutende Verkehrsfragen entwickeln. Die Interessen unserer Nachbarn im Badischen und im Elsass könnte zum Beispiel mit einem Beobachterstatus berücksichtigt werden. Wir schlagen vor, dass für diese Kommission ein wechselndes Präsidium mit Beginn im Basel-Landschaft vorgesehen wird.

Ein gleichgerichteter Vorstoss wurde auch im Landrat des Kantons Basel-Land eingebracht.

Helmut Hersberger, Beat Jans, Annemarie Pfeifer, Rolf von Aarburg, Lorenz Nägelin, Conradin Cramer, Sebastian Frehner, Helen Schai-Zigerlig, Mirjam Ballmer, Dieter Werthemann

b) Anzug betreffend Erarbeitung einer Wohnpolitik mit ökologischer und sozialer Verantwortung für alle Bevölkerungsteile

10.5065.01

Weitgehend unbestritten ist die Notwendigkeit der ökologischen Sanierung der bestehenden Bauten. Mit ihr können wichtige Beiträge zur Abwendung der Klimakatastrophe geleistet werden. Ebenso dient sie der Verminderung der Luftbelastung mit Schadstoffen zur Gesundheitsvorsorge in unserer Nähe.

Ihre Kehrseite liegt darin, dass sie je nach baulicher Qualität der massgeblichen Gebäude kostspielig sein kann. Sie kann zu erheblichen Mietzinssteigerungen führen, wenn sie als wertvermehrende Investition auf die Mietzinse überwälzt wird. Bei den gegenwärtigen Energiepreisen wird dies nur zu einem beschränkten Teil durch Energieeinsparungen aufgefangen. Der Regierungsrat schreibt darum in seiner Antwort vom 16. Dezember 2009 auf die Anzüge Anita Lachenmeier, Mirjam Ballmer, Patrizia Bernasconi von der Notwendigkeit, ein Gleichgewicht zwischen den Anliegen von Ökologie, Ökonomie und gesellschaftlicher Verantwortung unter Einbezug der sozialen Erschwinglichkeit des Wohnens für alle Bevölkerungsteile herzustellen. Er schreibt auch von Zielkonflikten zwischen diesen drei Komponenten einer nachhaltigen Wohnpolitik. Er vermag aber nicht die Ausmasse der zu erwartenden Mehrkosten zu benennen. Er gibt auch keine Angaben über das Ausmass der Bedürfnisse, zugunsten der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungsteile die Kostenfolgen zu beseitigen oder zu vermindern. Zu Härten, die es zu vermeiden gilt, führen oft sanierungsbedingte Reihenkündigungen, vor allem bei Abbrüchen der bestehenden Häuser. Sie sind nicht nur Ursachen von Angst, Unsicherheiten der Wohnungssuche und von erheblichen Verteuerungen des Wohnens, sondern fördern vor allem für Haushalte in prekären Situationen durch den Verlust der vertrauten Umgebung die soziale Isolation.

Dabei bestehen durchaus positive Handlungsspielräume. Hierzu gehören die Fördermittel von Bund und Kanton für die energetische Gebäudesanierung. Soweit nämlich die Sanierungskosten durch öffentliche Mittel abgedeckt werden, können sie nicht zur Erhöhung des Mietzinses herangezogen werden. Positiv sind auch die Erhöhung der Mietzinsbeiträge gemäss Verordnung über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen vom 25. November 2008, die Förderung des genossenschaftlichen und gemeinnützigen Wohnungsbaus sowie die Neubelebung des kantonalen Wohnbauförderungsgesetzes im Sinne der Motion 10.5021.01 von Jörg Vitelli.

Für die Erschwinglichkeit von Wohnungen lassen sich folgende Eckdaten benennen:

Sozialhilfe: Für 1 Person bis zu CHF 650 zuzüglich Nebenkosten pro Monat, für 2 Personen CHF 950, bei Alleinerziehenden ab drittem bis 16. Geburtstag des Kindes CHF 1100, für 3 und 4 Personen CHF 1300, 4 und 5 Personen CHF 1600, 5 und mehr Personen CHF 2000.

Ergänzungsleistungen: für 1 Person bis zu CHF 1100, 2 Personen CHF 1250 pro Monat inklusive Nebenkosten. Bei

Arbeitseinkommen ist davon auszugehen, dass beispielsweise gemäss Landesgesamtarbeitsvertrag im Gastgewerbe der Mindestlohn bei Vollerwerbstätigkeit monatlich CHF 3383 brutto beträgt. Minimallöhne mehrerer anderer Gesamtarbeitsverträge liegen etwa in gleicher Höhe. Wenn nicht mehr als ein Drittel des Nettolohnes für das Wohnen ausgegeben werden soll, ergibt dies Brutto-Mietzinse von rund CHF 1000 pro Monat. Hierzu müssen menschenwürdige Wohnstandards wie Bad in der Wohnung, Kühlschrank, Trennung von Wohn- und Schlafzimmer, genügend Entfaltungsraum für Kinder sichergestellt werden.

Im Lichte dieser Überlegungen ersuchen die Unterzeichnenden den Regierungsrat, zu prüfen und zu berichten:

1. Mit welchen Mietzinssteigerungen rechnet der Regierungsrat als Folge der erforderlichen energetischen Sanierungen von Wohnbauten? Wie weit können sie durch die entsprechenden Energieeinsparungen teilweise kompensiert werden?
2. Wie weit können die ökologisch bedingten Sanierungskosten kompensiert werden durch vermehrte Zurückhaltung bei nicht ökologisch bedingten Sanierungsschritten? Zu pauschal und auch ökologisch fragwürdig sind heute vielfach Ansprüche nach Vergrößerung des Wohnraums.
3. Wie kann mit der Kombination von Fördermitteln für energetisches Bauen, in Zukunft ebenfalls heranzuziehen für Schritte der Behindertengerechtigkeit, Mietzinsbeiträgen, Förderung von gemeinnützigem und genossenschaftlichem Bau und Sanierung von Wohnungen erreicht werden, dass angemessenes Wohnen für alle Bevölkerungsschichten erschwinglich bleibt?
4. Welche Verbesserungen aller dieser Massnahmen drängen sich im Zuge der energetischen Gebäudesanierung auf?
5. Wie lassen sich soziale Härten durch Reihenrückstellungen im Zuge von Wohnsanierungen vermeiden? Unseres Erachtens bleibt hierzu eine wirksame Gesetzgebung zum Schutz vor Abbruch und Zweckentfremdung unerlässlich.

Jürg Meyer, Patrizia Bernasconi, Heidi Mück, Beat Jans, Stephan Luethi-Brüderlin, Maria Berger-Coenen, Martina Saner, Sibel Arslan, Atilla Toptas, Mustafa Atici, Elisabeth Ackermann, Jörg Vitelli, Mehmet Turan

c) Anzug betreffend Entwicklung des Landhofs zu einem Erholungs- und Freizeitpark

10.5073.01

Nach dem deutlichen Votum der Bevölkerung vom Sonntag 7. März für den Erhalt des Landhofs als grosse und grüne Oase im Herzen von Kleinbasel müssen nun, wie vom Initiativkomitee von Beginn an gefordert, die nächsten Schritte für eine schrittweise Optimierung des Landhofs in Angriff genommen werden. Der Landhof soll zu einem offenen und belebten Grün-, Erholungs- und Freizeitraum für die Bevölkerung werden. Bei der Weiterentwicklung des Landhofs sind deshalb die Bedürfnisse der anwohnenden Bevölkerung einzubeziehen.

Der Anzugsteller bittet die Regierung zu prüfen und zu berichten, ob sie gewillt ist, folgende Anliegen möglichst rasch umzusetzen.

- Für die weitere Optimierung des Landhofs ist rasch möglichst eine Mitwirkungsgruppe einzusetzen bestehend aus der folgenden, nicht vollständigen Aufzählung:
Direkt betroffene AnwohnerInnen, QuartiersbewohnerInnen, des Initiativkomitees, der auf dem Landhof aktiven Kinder- und Jugendarbeit, Kinder und Jugendliche selbst und des Bau- und Verkehrsdepartements.
- Die Zugänglichkeit des Landhofs durch eine grosszügigere Öffnung der heutigen Zugänge und eine bessere Beschilderung zu verbessern und attraktiver zu gestalten.
- Der Landhof soll, wie sein Namensvetter Landauer in Riehen, ein Begegnungs- und Freizeitzentrum für Jung und Alt sowie für die seit 8 Jahren auf dem Landhof engagierte Kinder- und Jugendarbeit erhalten.
- Dazu ist das Tribünengebäude abzureissen und es ist eine Infrastruktur bereitzustellen welche den Ansprüchen eines Freizeit- und Begegnungszentrums für alle Altersgruppen sowie den sportlichen Aktivitäten genügen kann. Zudem ist der Ort des Gebäudes so zu wählen, dass die Fläche des Landhofs möglichst optimal genutzt werden kann.
- Das Naturspielgelände auf dem "Spickel" hinter der Tribüne des Landhofs ist inklusive seiner Bike- und Hindernisfahrbahn zu erhalten und eventuell auszubauen. Denn dieses einmalige Stück Natur mitten in der Stadt gibt Stadtkindern die Möglichkeit, Abläufe in der Natur aus der Nähe zu erleben und die Gegebenheiten der Natur auch als Spielanlage zu erfahren.
- Weiterhin braucht es eine grosse Wiese, die möglichst vielfältig für Grossfeldspiele wie Fussball, Alpenbaseball, Frisbee etc. sowie für Jogging, Walking, Sünnele... für Einzelpersonen, wie auch für Vereine zur Verfügung steht.

Der Regierungsrat wird auf Grund der Aktualität gebeten, den Anzug innerhalb eines Jahres zu beantworten.

Thomas Grossenbacher, Mirjam Ballmer, Stephan Luethi-Brüderlin, Esther Weber Lehner, Balz Herter, Remo Gallacchi, Bülent Pekerman, Jürg Stöcklin, Eveline Rommerskirchen, Elisabeth Ackermann, Rolf von Aarburg, Michael Wüthrich, Loretta Müller, Urs Müller-Walz, Andrea Bollinger, Heidi Mück, Brigitta Gerber, Beat Jans, Guido Vogel, Heinrich Ueberwasser, Sebastian Frehner

d) Anzug betreffend Prüfung von Ausnüchterungszellen

10.5074.01

Jährlich werden im Universitätsspital Basel rund 1'000 sogenannte Patienten eingewiesen, welche eigentlich nicht krank sind, sondern die Grenzen des Alkoholkonsums nicht kennen. Sogar dem UKBB, in welches Kinder bis zu 16 Jahren eingeliefert werden, ist diese Problematik nicht fremd. Zusätzlich konnte man jüngst von der Kantonspolizei erfahren, dass sie ebenfalls jährlich rund 500 Personen kostenlos in den Zellen ausnüchtern lässt.

Im Spital entstehen Kosten von CHF 2'500 pro Tag und Betrunkener. Nicht selten befinden sich diese Menschen über Mitternacht in der Obhut des Spitals und überschreiten somit die Datumsgrenze, was zu einer Verdoppelung (CHF 5'000) der Kosten führt. Davon übernehmen die Krankenkassen ca. CHF 1'000 pro Tag. Den Restbetrag von täglich CHF 1'500 übernimmt der Kanton. Dem Kanton, resp. dem Steuerzahler entstehen somit jährliche Kosten in Millionenhöhe. Normalerweise sind es nicht Alkoholiker, welche sich auf die Notfallstation chauffieren lassen, sondern solche, welche einfach ihre Grenzen nicht kennen.

Im Gegensatz zu alkoholkranken Menschen, sind die Unterzeichnenden der Meinung, dass ein Vollsuff keine Krankheit ist, sondern ein selbstverschuldetes Missgeschick.

Wenn die Ausnüchterungskosten selbst übernommen werden müssten und somit im Nachhinein ein feucht fröhlicher Abend rund tausend Franken kostet, regt dies den Kostenverursacher zum Nachdenken an.

Zudem sind Betrunkene, vor allem im Verkehr, aber auch als Fussgänger, eine Gefahr für die Allgemeinheit. Normalerweise übernehmen Versicherungen bei Fahrzeug- oder Haftpflichtfällen bei nachweislichem Alkoholeinfluss nicht die gesamten Kosten. Bei Spitalaufenthalten scheint dies jedoch anders zu sein.

Bekanntlich hat Zürich 12 Ausnüchterungszellen geschaffen, welche sich in den räumlichen Gebäuden der Polizei befinden. Da es sich nicht um Verbrecher handelt, werden die dortigen alkoholisierten Insassen von privaten Security-Mitarbeitern und medizinischem Personal betreut, bis sie wieder auf den eigenen Beinen stehen können. Die Kosten für die Ausnüchterung belaufen sich für einen Kurzaufenthalt auf CHF 600, länger als 3 Std. kosten CHF 950.

Riesige Kosten, welche im Spital durch die zusätzlichen medizinischen Untersuchungen und den grossen Personalaufwand entstehen, sowie Sanitätstransporte von den Polizeiposten auf die Notfallstationen, könnten eingespart werden. Zudem würden Polizeikräfte frei, welche sich zeitweise im Spital bei aggressiven Alkoholisierten über Stunden aufhalten.

Nicht nur das Personal würde entlastet, sondern auch die effektiv kranken Patienten, welche sich auf der Notfallstation aufhalten.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat im Interesse der Gesundheit und der Steuerzahler zu prüfen und zu berichten,

- ob es nicht sinnvoll wäre, spezielle Ausnüchterungszellen zu schaffen, welche die Notfallstationen, die Polizei und Sanität entlasten würden
- wie teuer ein Pilotprojekt käme, welches sich allenfalls auch nur auf die Wochenende beschränken würde
- ob diese Ausnüchterungszellen durch private Sicherheitsdienste und medizinische Organisationen betrieben werden könnten
- ob der Kanton Basel-Landschaft miteinbezogen werden könnte
- ob nicht die bereits heute anfallenden Kosten für eine Zellenübernachtung auf den Verursacher abgeschoben werden könnten
- ob es auch andere Möglichkeiten gibt, um die im Vollrausch eingelieferten "Patienten" zu belangen, resp. den Steuerzahler zu entlasten.

Lorenz Nägelin, Andreas Ungricht, Ursula Kissling-Rebholz, Dieter Werthemann, André Auderset, Rolf von Aarburg, Thomas Mall, Peter Bochsler, Elisabeth Ackermann, André Weissen, Loretta Müller, Andrea Bollinger, Ruth Widmer, Greta Schindler, Maria Berger-Coenen, Toni Casagrande, Christian Egeler, Balz Herter, Brigitte Heilbronner, Thomas Grossenbacher, Heiner Vischer, Sebastian Frehner, Alexander Gröflin, Oswald Inglin, Guido Vogel, Annemarie Pfeifer, Oskar Herzig-Jonasch, Samuel Wyss, Rudolf Vogel, Salome Hofer, Roland Lindner, Bruno Jagher, Patrick Hafner, Aeneas Wanner, Eduard Rutschmann, Thomas Strahm, Felix Meier, Heinrich Ueberwasser

e) Anzug betreffend Numerus clausus trotz Ärztemangel

10.5078.01

Wie in der übrigen Schweiz hat auch im Kanton Basel-Stadt fast jeder zweite Assistenzarzt sein Diplom im Ausland gemacht. Ohne Ärzte aus dem Ausland wären die privaten und öffentlichen Spitäler schon gar nicht mehr in der Lage, ihren Betrieb aufrecht zu erhalten und die Patientenversorgung zu gewährleisten.

Grund für diesen Missstand ist nicht das Fehlen von am Studium der Humanmedizin interessierten Studenten, sondern der Numerus clausus. Trotzdem erhöhen die Universitäten Bern und Zürich ihre Anzahl Studienplätze für das Studienjahr 2010/2011 nur leicht und an der Universität Basel bleibt die Anzahl Studienplätze sogar konstant zu

niedrig.

Laut Aussage des Präsidenten der Schweizerischen Universitätskonferenz (SUK) Bernhard Pulver ist der Ausbau des Studienplatz-Angebots eine Sache der Kantone.

Im Moment ist es noch relativ einfach möglich, Assistenzärzte aus dem Ausland für eine Anstellung an einem Spital in der Schweiz zu gewinnen, obwohl diese dort an allen Ecken und Enden im Gesundheitswesen fehlen. Dies ist zurzeit vor allem Dank der besseren Arbeitsbedingungen und der adäquaten Besoldung möglich. Schon in naher Zukunft wird das aber schwieriger werden, denn die umliegenden Länder sind daran, die Arbeitsbedingungen für ihre Ärzte an den Spitälern zu verbessern, um ein Abwandern der für teures Geld ausgebildeten Ärzte in die Schweiz zu verhindern.

Vor dem geschilderten Hintergrund bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat, die folgenden Fragen zu prüfen und dem Grossen Rat dazu zu berichten:

1. Ob sich der Regierungsrat bewusst ist, dass sich die bereits heute prekäre Situation in den kommenden Jahren noch verschlechtern wird?
2. Welche Gegenmassnahmen der Regierungsrat einzuleiten bereit ist?
3. Ob sich der Regierungsrat bewusst ist, wie demotivierend es für junge Maturanden ist, wenn sie trotz Ärztemangel keinen Studienplatz erhalten und die Assistentenstellen an den Spitälern einfach mit ausländischen Ärzten besetzt werden?
4. Ob der Regierungsrat bereit ist, Verhandlungen mit der Universität Basel betreffend Erhöhung der Studienplätze in der Humanmedizin zu führen und einerseits entsprechende Kostensteigerungen zu berechnen, und andererseits Vorschläge unterbreiten wird, wie die anfallenden Mehrkosten bewältigt werden können?

Rolf von Aarburg, André Weissen, Remo Gallacchi, Markus Lehmann, Esther Weber Lehner, Felix W. Eymann, Samuel Wyss, Oswald Inglin, Christine Locher-Hoch, Lorenz Nägelin, Helmut Hersberger, Thomas Mall, Christophe Haller, Helen Schai-Zigerlig, Lukas Engelberger, Balz Herter, Salome Hofer, Annemarie Pfeifer, Thomas Grossenbacher

f) Anzug für neue Wohnungen auf dem Gebiet des Felix Platter-Spitals

10.5079.01

Das im Juni 2008 der Öffentlichkeit vorgestellte Projekt "Gemeinsames Kompetenzzentrum für Geriatrie und Rehabilitation am Standort Bruderholz" soll laut dem Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt 2017 betriebsbereit sein. Dabei wird laut Regierungsrat das Felix Platter-Spital seine Funktion als Spital verlieren und somit die Gebäude und das umfangreiche Gelände rund um das Spital zur Disposition stehen. Deshalb stellt sich die Frage, was ab 2017 auf diesem Gelände geschehen soll.

Angesichts der räumlichen Enge unseres Stadtkantons werden sich wie in der Vergangenheit schon an anderen Orten die verschiedensten Ansprüche gegenüberstehen: die Universität sucht neuen Raum, es gibt einen Mangel an Grünflächen (allerdings nicht im angesprochenen Gebiet), Verwaltungen und Gewerbe suchen nach neuen Flächen.

Die Unterzeichnenden möchten den Schwerpunkt der neuen Erschliessung des Gebiets auf den Wohnungsbau legen. Tatsächlich besteht nach wie vor eine grosse Nachfrage nach Wohnungen in unserem Kanton. Vor allem preiswerte Wohnungen in Wohngenossenschaften, grosse Familienwohnungen sowie Wohnungen für Senioren sind in Basel-Stadt Mangelware. Einige Male hat die Erschliessung von neuen Wohnflächen in letzter Zeit in der Konkurrenz zu anderen, durchaus legitimen Anliegen den Kürzeren gezogen. Umso deutlicher weisen wir auf die hervorragende Lage hin, die das Areal zum prädestinierten Gebiet für neue Wohnungen macht.

Dabei scheint laut Fachleuten die Möglichkeit zu bestehen, in die heutige Gebäudehülle moderne Wohnungen einzubauen, neben den auf dieser grossen Fläche erwünschten neuen Überbauungen.

In diesem Sinne bitten wir den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten,

- ob das Gebiet des heutigen Felix-Platte Spitals ab 2017 dem Wohnungsbau, speziell dem genossenschaftlichen Wohnungsbau zugeführt werden kann,
- ob dabei ein Schwerpunkt auf grosse Familienwohnungen und Seniorenwohnungen gelegt werden kann,
- welche Planungsarbeiten notwendig sind, damit 2017 mit den Bauarbeiten begonnen werden kann und
- inwiefern das heutige Gebäude erhalten und in Wohnbauten umgebaut werden könnte.

Daniel Goepfert, Helen Schai-Zigerlig, Roland Lindner, Giovanni Nanni, Patrizia Bernasconi

Interpellationen

a) Interpellation Nr. 16 betreffend vorfrankiertes Steuercouvert

10.5068.01

Dieser Tage hat die Steuerverwaltung die Unterlagen zur Einreichung der Steuererklärung verschickt. Das Ausfüllen der Steuererklärung zählt bekanntlich zu den wenig beliebten Bürgerpflichten. Erfreulicherweise hat die Steuerverwaltung das Prozedere durch die Möglichkeit der elektronischen Erfassung deutlich erleichtert. Indes muss das Rückcouvert noch immer selbst von Hand frankiert werden. Auch wenn es dabei – sowohl für den Steuerzahler als auch den Kanton – um eine kleine Ausgabe handelt, wäre die Vorfrankierung des Rückcouverts durch die Steuerverwaltung (Geschäftsantwortsendung wie bei den Wahlcouverts) sehr zu begrüssen. Bürgernähe und Standortqualität zeigen sich nicht nur in harten Fakten und der grossen Politik, sondern auch in letztlich kleinen, aber atmosphärisch nicht zu unterschätzenden Gesten.

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung der Fragen, ob er meine Einschätzung teilt und künftig das Couvert für die Einreichung der Steuererklärung vorfrankiert.

Baschi Dürr

b) Interpellation Nr. 17 betreffend Sozialversicherungsbeiträge an Sans-Papiers im Kanton Basel-Stadt

10.5069.01

Anlässlich der Sondersession zur Migrationspolitik hat BDP-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf öffentlich kundgetan, dass gewisse Kantone "graue" AHV-Ausweise an Sans-Papiers ausstellen würden, obschon diese gar nicht arbeiten dürfen.

Aufgrund dieser Aussagen, welche einen verfassungswidrigen Missstand darstellen, bittet der Interpellant um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Werden auch im Kanton Basel-Stadt seitens der Behörden AHV-Ausweise an Sans-Papiers ausgestellt?
2. Falls ja, wie viele Personen haben solche Papiere in den letzten Jahren (einzeln aufgeführt) erhalten?
3. Falls ja, aus welchen Nationen resp. Regionen stammen diese Sans-Papiers?
4. Falls ja, auf wessen Geheiss wurden diese Papier von den kantonalen Amtsstellen erstellt?
5. Falls ja, wurde mit dem kantonalen Migrationsamt Rücksprache genommen?
6. Falls ja, waren in die Entscheidungen die zuständigen Departementsvorsteher involviert?
7. Falls ja, welche personellen Konsequenzen zieht der Regierungsrat aus diesem Verfassungsbruch?
8. Wie viele Sans-Papiers sind der Regierung bekannt, welche in letzten Jahren (bitte einzeln aufführen) einen Kindergarten resp. eine Volksschule in Basel-Stadt besucht haben?
9. Wie viele dieser Personen befinden sich momentan an einem Gymnasium oder einer Hochschule resp. absolvieren eine Berufslehre?
10. Wie will der Regierungsrat inskünftig diesen rechtsstaatlich äusserst bedenklichen Zustand aufheben und sich wieder an die Verfassung halten?

Andreas Ungricht

c) Interpellation Nr. 18 betreffend Haftbedingungen von Minderjährigen in Administrativhaft

10.5070.01

In der Basler Zeitung vom 13. März 2010 konnte man die schockierende Schilderung des 17-jährigen Tunesiers A. K. lesen, wie mit ihm im Gefängnis Bässlergut umgegangen worden ist, als er im Zeitpunkt einer schweren Krise seine Zelle in Brand setzte.

Gestützt auf das neue Ausländergesetz (AuG) können heute bereits 15-jährige in Ausschaffungs-, Durchsetzungs- oder Vorbereitungshaft genommen werden. Basel-Stadt ist einer von wenigen Kantonen, der von diesem Recht der Administrativhaft bei Minderjährigen Gebrauch macht, insbesondere wenn die betroffenen Minderjährigen sich ohne Familienangehörige in Basel aufhalten.

Die UNO-Kinderrechtskonvention statuiert einige zwingend zu gewährende Verfahrensgarantien, welche minderjährigen Gefangenen zukommen müssen, u.a. das Recht auf sofortige Begleitung durch einen juristischen Beistand noch vor der Eröffnung eines Weg- oder Ausweisungsentscheides.

Männliche Minderjährige werden im Ausschaffungsgefängnis Bässlergut inhaftiert. Aufgrund der Schilderungen des Tunesiers A. K. muss davon ausgegangen werden, dass das Gefängnispersonal nur ungenügend geschult ist im

Umgang mit Jugendlichen.

Junge Mädchen werden im Untersuchungsgefängnis Waaghof inhaftiert. Es stellt sich die Frage, ob der Grundsatz der Nichtzusammenführung von Untersuchungs-, Straf- und Ausschaffungshäftlingen unter diesen Umständen gewahrt werden kann. Auch die Durchmischung von Jugendlichen mit erwachsenen Inhaftierten ist nicht unproblematisch und an sich unzulässig.

Ich bitte den Regierungsrat daher, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie werden die jugendlichen Ausschaffungshäftlinge jeweils untergebracht? Sind die Jugendlichen mit den Erwachsenen zusammen untergebracht oder einzeln?
Sofern die Jugendlichen von den Erwachsenen getrennt sind, wie wird sichergestellt, dass sie nicht isoliert sind?
2. Wie viele Jugendliche waren in den Jahren 2006 bis 2009 jeweils in Administrativhaft? Wie viele Mädchen, wie viele Jungen? Wie alt waren diese Gefangenen? Wie lange befanden sie sich jeweils in Administrativhaft?
3. Wie sieht die Betreuung von jugendlichen Ausschaffungsgefangenen aus? Wie wird der speziellen Situation des jugendlichen Alters Rechnung getragen?
4. Haben die Jugendlichen Zugang zu Rechtsbeistand und vormundschaftlichem Beistand? Wenn ja, ab welchem Verfahrensstadium? Wie können die Jugendlichen mit ihrem Beistand kommunizieren? Wer kommt für diese Kosten (v.a. bzgl. Rechtsbeistand) auf?
5. Besteht eine Tagesstruktur/ Beschäftigungsmöglichkeit für die inhaftierten Jugendlichen? Gibt es die Möglichkeit, dass sie sich schulisch weiterbilden in dieser Zeit oder Deutsch lernen? Wenn ja, wer bietet Beschäftigungsmöglichkeiten/ Weiterbildung an?
6. Welche Alternativen bestehen zum Vollzug der Administrativhaft in einem Gefängnis? Welche Rahmenbedingungen müssten geschaffen werden, dass Minderjährige in Zukunft nicht mehr in Administrativhaft genommen werden müssen?
7. Was passiert bei einer akuten Krise eines inhaftierten Jugendlichen? Wer wird informiert? Wer handelt? Weshalb werden Jugendliche nicht in psychiatrische (ärztliche oder pflegerische) Betreuung überführt?
8. Weshalb konnte es im geschilderten Fall von A. K. zu dieser menschenunwürdigen Massnahme, nackt in einer Zelle übernachten zu müssen, kommen? Wurde der konkrete Vorfall intern analysiert? Wurden Massnahmen für die Zukunft getroffen, das Personal geschult, wie es in anderen möglichen Krisensituationen reagieren kann? Wurden personalrechtliche Konsequenzen aus dem Vorfall gezogen?
9. Wie wird die Umsetzung der UNO-Kinderrechtskonvention sichergestellt? Welche Massnahmen werden konkret ergriffen? Werden Angestellte des Migrationsamtes und des Gefängnisses auf die speziellen Rechte der Kinder sensibilisiert und geschult? Wenn ja in welcher Form?

Ursula Metzger Junco P.

d) Interpellation Nr. 19 betreffend objektive und unvoreingenommene Behandlung des Referendums gegen die Parkraumbewirtschaftung

10.5083.01

Am 16. März 2010 sind in einer regionalen Zeitung Äusserungen des Baudepartements und dessen Vorsteher zum Referendum gegen den Beschluss zur Parkraumbewirtschaftung publiziert worden. Diese geben einerseits Ergebnisse eines "Runden Tisches" zur Parkingfrage in der Stadt Basel unrichtig wieder und enthalten andererseits Drohungen für laufende Bewilligungsverfahren von Parkhäusern. Obwohl festgehalten wird, dass der "Runde Tisch" nicht zu einer abschliessenden Einigung kam, interpretiert das Baudepartement selbstherrlich ein "Kompromissergebnis". Dabei ist es gerade eine charakteristische Eigenschaft eines "Runden Tisches", dass die Gespräche unpräjudiziell für alle Teilnehmer erfolgen. Und im Hinblick auf laufende Bewilligungsverfahren wird den Referendumsträgern, insbesondere dem Gewerbeverband, angedroht, durch das Referendum sei der Bau eines Parkings im St. Alban-Graben bzw. an der Dufourstrasse, gemeint ist wohl die staatliche Bewilligung für ein solches Parking, in Frage gestellt. Diese Äusserungen, wenn sie, wie von dem Medium zitiert, wirklich gemacht worden sind, erwecken den Eindruck, dass aus dem Baudepartement ähnlich wie bei der Wasgenring-Abstimmung der Erfolg mit Äusserungen herbeigeführt werden soll, die entweder unwahr sind oder Prognosen als reale Tatsachen verkaufen oder unrichtige Verknüpfungen herstellen.

Ich frage daher die Regierung im Hinblick auf die Referendumsabstimmung über die Parkraumbewirtschaftung an:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die in einer regionalen Zeitung am 16. März 2010 wiedergegebenen Aussagen aus dem Bau- und Verkehrsdepartement?
2. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass von seiner Seite keine unrichtigen Verknüpfungen der Parkraumbewirtschaftung mit anderen Projekten die Volksabstimmung verfälschen?
3. Welche Möglichkeiten haben die Referendumsträger, insbesondere die Verbände, der von der Parkraumbewirtschaftung stark negativ betroffenen Wirtschaft, ihre Position in den Abstimmungsunterlagen zu vertreten und damit die Stimmbürger objektiv zu orientieren?

4. Wie wird sichergestellt, dass aus den zuständigen Departementen gegen die Referendumsträger weder Retourkutschen angedroht noch Retorsionsmassnahmen in Administrativverfahren (z.B. im Bewilligungs- und Genehmigungsverfahren) unternommen werden?
5. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass im Abstimmungskampf die Haltung des Parlaments, wie sie sich in den Beschlüssen des Grossen Rates zeigt, unverändert und objektiv dargestellt wird?

Andreas Burckhardt

e) Interpellation Nr. 20 betreffend Beschleunigung des dritten Juradurchstiches

10.5086.01

Das Bundesamt für Verkehr und die SBB haben am 22. März 2010 eine Zwischeninformation zum Konzept Bahn 2030 veröffentlicht. Das vorgestellte Konzept konzentriert sich auf die Ost-West Achse. Die Region Basel scheint von Bundesbern nur als Drehscheibe des internationalen Güterverkehrs wahrgenommen zu werden. Die Lösung des Engpasses an der Juraquerung wird einmal mehr in eine zweite Priorität verschoben. Dabei wäre der Wisenbergertunnel für die Nordwestschweiz aber auch für die Auslastung der NEAT von herausragender Bedeutung.

Ich bitte den Regierungsrat die folgenden Fragen zu beantworten:

- Wie wird der Regierungsrat gegenüber dem Bund Stellung nehmen? Wird er sich hierfür mit den Nachbarkantonen und/oder mit anderen Regionen abstimmen?
- Wie stellt sich der Regierungsrat zu der Möglichkeit einer Vorfinanzierung bzw. "freiwilligen Mitfinanzierung" (Zitat Bundesamt für Verkehr) von Bahnprojekten, namentlich des dritten Juradurchstiches? Gibt es hierzu eine abgestimmte Haltung der Nordwestschweizer Kantone?
- Hat der Regierungsrat nicht auch den Eindruck, dass die Region Basel in Verkehrsfragen zu wenig geeint vorgeht und damit gegenüber dem Bund und anderen Partnern zu wenig Kraft entfaltet? Gibt es Überlegungen, wie dies verbessert werden könnte?

Beat Jans

f) Interpellation Nr. 21 betreffend Kuscheljustiz in Basel

10.5088.01

Die Sicherheitslage in der Schweiz verschlechtert sich zusehends. Die Stimmen, welche Massnahmen gegen die Kuscheljustiz fordern, werden immer lauter. Die meisten Schweizer haben die Nase voll von der momentanen "Samthandschuh-Gerichtsbarkeit".

Dennoch wurde die Strafrichterpräsidentin Frau Lenzinger in der BAZ vom Samstag 27. März wie folgt zitiert:

"Doch sie ist der Meinung, bedingte Strafen könnten auch bei einer Vergewaltigung angemessen sein, wenn bei Ersttätern ein weniger schweres Verschulden vorliege und eine Wiederholung fast ausgeschlossen werden könne. In Basel würden Vergewaltiger zu bedingten oder teilbedingten Freiheitsstrafen verurteilt, wenn keine anderen Gewaltdelikte vorlägen und sie die Tat nicht mehrfach begangen hätten".

Da Frau Lenzinger eine Vergewaltigung anscheinend nur als Kavaliersdelikt betrachtet und diese mit nur einer bedingten Strafe abstrafen will, stellt sich die Frage, ob Frau Lenzinger noch tragbar ist.

Die Aussage von Frau Lenzinger ist eine schallende Ohrfeige für alle Vergewaltigungsoffer. Als Frau müsste Frau Lenzinger erkennen können, dass eine Vergewaltigung ein Trauma auslösen kann, welches ein Opfer bis in den Selbstmord treiben kann.

1. Ist die Basler Regierung auch der Meinung, dass eine Vergewaltigung als Kavaliersdelikt mit einer bedingten Strafe abgehandelt werden darf?
2. Was hält die Basler Regierung vom eingeschlagenen Kuscheljustiz-Kurs des Basler Strafrichtes?
3. Die Basler Polizei muss z.T. unter Lebensgefahr Verbrecher festnehmen. Hinter vorgehaltener Hand beschwerten sich Polizisten, dass sie dies mit vergleichsweise schlechter Entlohnung und aufgrund des Unterbestandes mit z.T. enormer Anzahl von Überstunden machen muss, um sich im Nachhinein zu wundern, weshalb die Gerichte die Täter fast besser stellen als die Opfer. Erwartet die Regierung, dass die Basler Polizei 100%ige Leistung erbringt, wenn die Polizisten immer wieder erstaunt feststellen müssen, dass die Basler Gerichte mit äusserst fragwürdigen Entscheiden das Rechtssystem torpedieren?
4. Wie viele Vergewaltigungen gab es in den letzten drei Jahren und wie viele davon wurden mit einer bedingten Strafe abgegolten? Welches war die mildeste Strafe, welche ausgesprochen wurde? Wie viele der verurteilten Vergewaltiger wurden inzwischen (aufgrund einer Vergewaltigung) bereits wieder straffällig?
5. Wie möchte die Basler Regierung die schlechte Sicherheitslage in Basel auf ein erträgliches Mass verbessern, wenn die Basler Richter z.T. Paradebeispiele von Kuschelrichtern sind und Täter mit Samthandschuhen behandeln, so dass diese weder etwas aus einer Strafe lernen noch Reue zeigen müssen?

Ursula Kissling

g) Interpellation Nr. 22 betreffend Hassprediger in Basel

10.5089.01

Gemäss einer Dokumentation des Schweizer Fernsehens werden in Schweizer Moscheen immer wieder sogenannte Freitagspredigten gehalten, deren Inhalt ideologisch heikel seien. Die "heikelste" Predigt wurde laut SF DRS in der Basler Ar-Rahma-Moschee gehalten. Der aus Tunesien stammende Imam habe Ungläubige - also Nicht-Moslems - als minderwertige Kreaturen, tiefer zu werten als Tiere, bezeichnet. Anzumerken ist, dass der frühere Integrationsbeauftragte Thomas Kessler bei mehreren Gelegenheiten immer wieder betonte, die Behörden würden in solchen Fällen den Sachverhalt rasch erfahren und es würde gegen Hassprediger konsequent vorgegangen.

Dazu bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist die hier erwähnte Freitagspredigt den zuständigen Behörden bekannt?
2. Wenn ja: Wie wird der Inhalt beurteilt? Wenn nein: Wieso ist die Kontrolle entgegen Aussagen des früheren Integrationsbeauftragten derart ungenügend?
3. Welche Massnahmen sind gegen den erwähnten Prediger möglich und vorgesehen? Würde ein solcher Predigt-Inhalt strafrechtliche Schritte und allenfalls eine Ausweisung rechtfertigen?
4. Was gedenkt der Regierungsrat vorzukehren, um von der Existenz solcher Hassprediger in Basel rechtzeitig zu erfahren, und um solche Predigten präventiv verhindern zu können?

André Auderset

h) Interpellation Nr. 23 betreffend Schwimmunterricht an den Basler Schulen

10.5090.01

Für eine gesunde Entwicklung der Kinder ist es wichtig, dass alle Schülerinnen und Schüler so früh wie möglich mit Wasser in Kontakt kommen und Schwimmen lernen. Schwimmen gehört zu den wichtigen Kompetenzen in der Bewegungserziehung von Kindern. Der Schwimmunterricht leistet auf eine einfache, spielerische Art einen wichtigen und umfassenden Beitrag zur Entwicklung des Kindes. Erlebnis mit Wasser fördert sowohl senso-motorische, als auch psycho-motorischen Fähigkeiten.

Der Schwimmunterricht ist in der Schulordnung und im Lehrplan des Kantons Basel-Stadt obligatorisch. Der Kanton ist gesetzlich verpflichtet, dass möglichst alle Schülerinnen und Schüler gleiche Rechte auf den Schwimmunterricht haben.

Aus diesem Grund bitte ich die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

- Wie viele Schwimmunterrichtsstunden finden an den Basler Schulen statt?
- Wie ist die Regelung für den Schwimmunterricht, wie bekommt eine Klasse das Hallenbad für den Unterricht, wenn das Schulhaus selber kein eigenes Hallenbad zur Verfügung hat? Wer macht die Zuteilung?
- Wie viele Schulklassen konnten in Schuljahr 2009/2010 keinen Schwimmunterricht durchführen? Anzahl der Kinder?
- Gibt es einen Mangel an Hallenbädern an den Schulen, wenn ja, wie gross (Stunden oder Lektionen pro Woche)?
- Wie weit dürfen die Schulklassen für den Schwimmunterricht gehen? Gibt es eine Regelung?
- Dürfen die Kinder in einem anderen Quartier den Schwimmunterricht besuchen?
- Welche Strategie möchte die Regierung bezüglich des Schwimmunterrichts in Zukunft verfolgen?
- Was kann man unternehmen, damit alle Schülerinnen und Schüler ab 1. Primarklasse am Schwimmunterricht teilnehmen können?
- Gibt es eine Planung, dass man in der Zukunft auch für die Kindergartenkinder Schwimmunterricht anbietet?

Atilla Toptas

i) Interpellation Nr. 24 betreffend Vertretung der Pensionskasse Basel-Stadt an der Generalversammlung der UBS und anderen Gesellschaften

10.5091.01

Die Pensionskasse des Kantons Zürich wird für die Generalversammlung der UBS vom 14. April ihre Aktienbeteiligung durch die Stiftung Ethos vertreten lassen. Diese hat sich in der Vergangenheit für mehr Aktionärsdemokratie eingesetzt und kritisiert das Verhalten der UBS betreffend Boni in berechtigter Weise. Sie will sich auch einer Entlastung des alten UBS-Managements widersetzen.

Auch der weltweit grösste Stimmrechtsberater, die US-Firma Riskmetrics (ISS), hat beschlossen, der alten UBS-Führung für das Jahr 2007 die Entlastung zu verweigern.

Bis heute sind institutionelle Anleger, zu welchen die Pensionskassen zählen, im Normalfall bei Aktionärsversammlungen stillschweigend den Anträgen des Verwaltungsrates gefolgt. Da es sich bei Kapitalanlagen von Pensionskassen letztlich um Gelder von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern handelt, darf diese Praxis im

Hinblick auf das fragwürdige Verhalten einiger Führungskräfte bei gewissen Publikumsaktiengesellschaften zumindest hinterfragt werden. Eine Beurteilung der Anträge und die entsprechende Stimmabgabe sollten deshalb vermehrt im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erfolgen.

Es drängen sich deshalb die folgenden Fragen auf:

1. Wird die Pensionskasse des Kantons Basel-Stadt ebenso wie jene des Kantons Zürich die Stiftung Ethos beauftragen, ihre Interessen an der Generalversammlung der UBS wahrzunehmen?
2. Wenn Nein, welche Interessen und Anliegen verfolgt die Pensionskasse des Kantons Basel-Stadt an der Generalversammlung der UBS und wie tut sie dies konkret (z.B. eigene Anträge)?
3. Wie verhält sich die Pensionskasse des Kantons Basel-Stadt generell bei den Aktionärsversammlungen? Wer bestimmt auf Grund welcher Kriterien, ob die Anträge des Verwaltungsrats anzunehmen oder abzulehnen sind?

Dieter Werthemann

j) Interpellation Nr. 25 betreffend den Vorfällen Basels Moscheen

10.5092.01

Die Predigt eines illegalen Imams in der Arrahma-Moschee zu Basel hat in den vergangenen Tagen schweizweit die Gemüter erhitzt. Die Predigt, welche vom Schweizer Fernsehen dokumentiert wurde, vermittelte klar extremistisches Gedankengut.

Der tunesische Imam, der seit Jahren in Basel als Autohändler arbeitet, hat dabei Andersgläubige rassistisch beleidigt und sich aus Sicht des Interpellanten der Rassendiskriminierung schuldig gesprochen.

So hat er verlauten lassen:

"Der Mensch der Allah mit Absicht nicht anerkennt ist niedriger als das gläubige Tier!"

Desweiteren wurde bekannt, dass in der Basler Hicret-Moschee ein Imam für einen Monat ohne Aufenthaltsbewilligung und gültige Papiere predigte. Seitens des AWA wurde verlautbart, dass die Basler Moscheen resp. deren Imame von den Basler Behörden nicht kontrolliert werden. Auch der Staatsschutz hat keinerlei Kenntnisse über die Tätigkeiten der Imame innerhalb der Glaubensgemeinschaft.

Der Interpellant bittet daher den Regierungsrat, aufgrund der vorliegenden Sachverhalte um die Beantwortung der nachfolgenden Fragen:

1. Wie stellt sich der Regierungsrat zu dem wortwörtlichen Zitat des in Basel-Stadt seit Jahren wohnhaften Imams der Arrahma-Moschee?
2. Weshalb hat der Basler Regierungsrat resp. die dafür verantwortlichen Stellen in den einzelnen Departementen (insbesondere PD und JSD) die Aussagen nicht öffentlich verurteilt?
3. Erachtet der Regierungsrat besagten Imam, welcher als Autohändler in Basel arbeitet, als integriert?
4. Welche strafrechtlichen Massnahmen werden seitens der Regierung resp. der Strafverfolgungsbehörden gegen diesen Imam eingeleitet?
5. Welche Massnahmen will der Regierungsrat ergreifen, damit inskünftig solche rassendiskriminierende Aussagen auch in Moscheen strafrechtlich geahndet und verfolgt werden?
6. Kann der besagte Imam, nach einer allfälligen Verurteilung, fremdenpolizeilich ausgeschafft werden?
7. Weshalb werden, wie im Fall der Hicret-Moschee, Imame in Basel-Stadt, welche sich illegal in unserem Land aufhalten, seitens der Behörden toleriert (insbesondere durch JSD und WSU)?
8. Wie will der Regierungsrat mit den dafür zuständigen Behörden inskünftig solche illegalen Aufenthalte verhindern resp. bestrafen?
9. Welche Schlüsse zieht der Regierungsrat aus der Reportage von SF, welche den Integrationsbemühungen im Kanton Basel-Stadt klar zuwider laufen?
10. Wird der Regierungsrat bei den zuständigen Bundesbehörden dahingehend intervenieren, dass inskünftig der Staatsschutz Moscheen abhören kann?

Alexander Gröflin

k) Interpellation Nr. 26 betreffend Schutz von Kindern vor kommerzialisierter Sexualität

10.5095.01

Die Gempenstrasse im Gundeldingerquartier ist eine Begegnungszone, an welcher vier Kindergärten und zwei Schulen liegen. An der Kreuzung Gempenstrasse/ Dornacherstrasse, die eine grosse Zahl der Kinder im Vor- und Primarschulalter täglich mehrmals überqueren, betreibt ein Sexshop sein Geschäft und wirbt mit seinen kommerziellen sexuellen Angeboten auf Augenhöhe der Kinder, welche jeweils an genau dieser Stelle auf das Grün der Lichtsignalanlage warten.

Das ärgert nicht nur Eltern und Schulräte, die sich damit auseinandersetzen müssen. Gemäss Recherchen des Kinderbüros beklagen sich auch die Kinder selber über diese Zumutung. Die Antwort des Sexshopbetreibers auf eine entsprechende Beschwerde von Erziehungsberechtigten lautete: "Sex gehört nun mal zum Leben" (zitiert aus "20 Minuten" vom 15.02.2010). Kommerzielle sexuelle "Angebote" gehören indessen wohl kaum zu einer gesunden Entwicklung von Kindern im Vor- und Primarschulalter. Auch wenn kommerzieller Sex für uns Erwachsene vielleicht schon normal sein mag: für Kinder bedeutet dies eine unfreiwillige sexuelle Belästigung, der sie sich praktisch nicht entziehen können.

Mit Bericht ED/P075376 vom 24.03.2010 beantragt der Regierungsrat Abschreibung des Anzugs Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend kinderfreundliches Basel. Er weist darin speziell auf die Bedeutung der Begegnungszonen für Kinder hin, wie sie auch an der Gempenstrasse mit gutem Grund realisiert worden ist.

Ich bitte den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Interessenabwägung nimmt der Regierungsrat zwischen dem Schutz von Kindern vor kommerzialisierter Sexualität einerseits und der Gewerbefreiheit andererseits vor?
2. Gibt es auf dem Kantonsgebiet weitere vergleichbare Situationen, in denen eine Vermischung von Wohnzonen und Rotlichtmilieu zu einer unfreiwilligen Konfrontation von Kindern mit kommerzialisierten sexuellen Angeboten führen?
3. Welche Massnahmen hält der Regierungsrat für sinnvoll, um derlei Untergrabungen von explizit zugunsten der Kinder unseres Kantons getroffenen Dispositionen zu verhindern, wie sie in der Begegnungszone Gempenstrasse geschehen?

Christoph Wydler

l) Interpellation Nr. 27 betreffend Kulturleitbild

10.5099.01

Gemäss § 8 des Kulturfördergesetzes (KuFG) legt der Regierungsrat die Kulturförderpolitik unter Mitwirkung aller interessierten Personen in einem Kulturleitbild periodisch fest und bringt dieses dem Grossen Rat zur Kenntnis. Das Kulturleitbild soll gemäss Aussage von Regierungspräsident Guy Morin in einem breiten Mitwirkungsprozess erarbeitet werden und Prioritäten, Schwerpunkte und längerfristige Entwicklungsperspektiven definieren. Dabei sollen auch die Frage der Ressourcen, das Thema der Synergien über Sparten und Institutionen und das Verhältnis von Forderungen und Leistungen diskutiert werden.

Obwohl Regierungspräsident Guy Morin das Kulturleitbild in einem Interview mit der Basler Zeitung bereits für Herbst 2009 angekündigt hat und obwohl der Grosse Rat das KuFG vor über fünf Monaten verabschiedet hat, liegt das Kulturleitbild bis heute nicht vor. Wichtige kulturpolitische Entscheidungen mussten daher ohne dieses Gesamtkonzept als notwendige Grundlage getroffen werden und noch wichtigere stehen in der kommenden Zeit an.

Vor diesem Hintergrund erlaube ich mir, dem Regierungsrat folgende Fragen zu stellen:

- Wann wird das Kulturleitbild dem Grossen Rat zur Kenntnis gebracht?
- Teilt der Regierungsrat die Meinung des Interpellanten, dass der Grosse Rat die Möglichkeit erhalten muss vom Kulturleitbild Kenntnis zu nehmen, bevor die nächsten kulturpolitischen Entscheidungen getroffen werden?
- Wie gedenkt der Regierungsrat den breiten Mitwirkungsprozess aller interessierten Personen zu gestalten?

Tobit Schäfer

m) Interpellation Nr. 28 betreffend Protestbrief der EDK (Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren) und SODK (Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren) zu den geplanten Sparmassnahmen des Bundes

10.5100.01

Wie den Medien entnommen werden konnte, will der Bund im Bereich "schulergänzende Kinderbetreuung" die Anschubfinanzierung von ca. CHF 40'000'000 für die Jahre 2011 bis 2015 streichen. Betroffen wären vor allem die Planung, der Aufbau und Weiterausbau der Tagesschulen in den Kantonen. Die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) sowie die Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren (SODK) haben nun gemeinsam mit einem Protestbrief an Bundesrat Didier Burkhalter gegen diese Sparmassnahmen interveniert.

In diesem Zusammenhang stellen sich für die Interpellantin einige Fragen, die sie dem Regierungsrat gerne zur Beantwortung vorlegen möchte:

1. Wie hoch sind die budgetierten Bundesbeiträge für schulergänzende Kinderbetreuung für den Kanton Basel-Stadt?
2. Welche Auswirkungen hätte die geplante Kürzung der Bundesgelder im Bereich Bildung für den Kanton Basel-Stadt?
3. Würde die geplante Weiterentwicklung der Tagesschulen im Kanton durch die angekündigte Streichung der

Bundesgelder beeinträchtigt?

4. Teilt der Regierungsrat die im Protestschreiben geäußerte Meinung der EDK, dass der Bund kurzfristig die "Spielregeln" geändert habe und die angekündigten Sparbeschlüsse im Bereich schulergänzende Kinderbetreuung fehl am Platz seien? (Interview BaZ, 1.4.2010 mit Kathrin Hilber)
5. Ist das Protestschreiben von allen Erziehungs- und Sozialdirektoren unterzeichnet worden?

Dominique König-Lüdin

Schriftliche Anfragen

a) Schriftliche Anfrage betreffend des Verhaltens der Abteilung "Integration und Gleichstellung" rund um das Minarett-Verbot und den DOK-Film des Schweizer Fernsehens

10.5093.01

In der Reihe DOK des Schweizer Fernsehens wurde am vergangenen Mittwoch das Thema "Muslime in der Schweiz" diskutiert. Dabei wurde zu Beginn der Sendung eine Demonstration diverser muslimischer Vereinigungen am 4. Dezember 2009 in Basel gezeigt. Anlass der Demonstration war das Ja des Schweizer Stimmvolks zur Minarett-Initiative einige Tage zuvor.

Bei der Kundgebung wurde seitens Journalisten auch eine Frau interviewt, welche seit mehr als 40 Jahren in der Schweiz wohnt und kein Wort deutsch spricht. Das Interview wurde von einer Mitarbeiterin der Integrationsstelle Basel (Abteilung Integration und Gleichstellung im Präsidialdepartement) jäh und abrupt unterbrochen. Recherchen haben ergeben, dass es sich dabei um Frau Lilo Roost Vischer handelt, welche offenbar den Auftrag hatte, die Demonstration zu begleiten.

Selbst die Journalistin war über das Vorgehen entsetzt und sprach vor laufender Kamera von "Zensur". Offensichtlich verkommt die Abteilung Integration und Gleichstellung je länger je mehr zu einer Zensurbehörde.

Der Anfragende bittet daher den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Hat Frau Lilo Roost Vischer als offizielle Vertreterin der Abteilung Integration und Gleichstellung an dieser Demonstration teilgenommen?
2. Warum wurde eine Ethnologin der Universität Basel, die nicht im Staatskalender des Kantons Basel-Stadt geführt ist, mit offiziellem Auftreten der Integrationsstelle ausgestattet oder aufgebeten und nicht Mitarbeitende der Integrationsstelle selbst?
3. Sind weitere Personen einer Behörde des Kantons Basel-Stadt an der besagten Demonstration anwesend gewesen?
 - a. Falls ja, welche?
4. Fand diese Teilnahme jeweils im Rahmen der Arbeitszeit statt?
5. Hat sich die Integrationsstelle auch noch anderweitig (also finanziell, personell und/oder mit anderen Ressourcen) an der Organisation und Durchführung dieser Demonstration beteiligt?
6. Hat die Integrationsstelle gar als treibende, also organisierende Kraft, dieser Demonstration gegen einen demokratisch gefällten Entscheid der Schweizer Bevölkerung mitgewirkt?
 - a. Falls ja, auf welcher Grundlage basiert dieses Engagement?
 - b. Falls ja, hatte der Regierungsrat Kenntnis von diesem Engagement und dieses evtl. gar unterstützt?
7. Wie steht der Regierungsrat zum harschen Auftritt von Frau Lilo Roost Vischer gegenüber der Journalistin des Schweizer Fernsehens?
8. Wurde die Mitarbeiterin intern für das ungebührliche Verhalten vor laufender Kamera gerügt resp. werden arbeitsrechtliche/disziplinarische Konsequenzen in Betracht gezogen?
9. Die Begründung der Zensur von Frau Lilo Roost Vischer lautete: "Sprachtest", "Tabubruch". Ist es nicht Aufgabe der Integration mit Sprachtests und Tabubrüchen zu arbeiten?
10. Wie steht der Regierungsrat zum Zensurverbot (BV Art. 17 Abs. 2)?
11. Darf inskünftig ein gemässigtes Verhalten von Mitarbeitenden des Kantons Basel-Stadt im Umgang mit Medienschaffenden erwartet werden?
12. Ist es korrekt, dass Frau Jermann als leitende Angestellte der Integrationsstelle, auch Mitglied des Initiativkomitees für ein Ausländerstimm- und Wahlrecht in Basel-Stadt ist?
13. Wie geht der Regierungsrat mit diesem offensichtlichen Ämterkonflikt seiner Angestellten im Integrationsbereich um resp. wie will der Regierungsrat inskünftig eine solche Ämterkumulation verhindern?

Alexander Gröflin

b) Schriftliche Anfrage betreffend den Aussagen des Sekretärs der Muslimischen Gemeinde Basel in SF "DOK"

10.5094.01

In der Reihe DOK des Schweizer Fernsehens wurde vom vergangenen Mittwoch das Thema "Muslime in der Schweiz" diskutiert. Dabei haben insbesondere die Basler Muslime und deren Protagonisten ein nicht integriertes und gegenüber Andersgläubigen und Frauen ein diskriminierendes Bild abgegeben.

Neben den Hetzbotschaften diverser Imame hat auch Aziz Osmanoglu, der Sekretär der Muslimischen Gemeinde Basel, eine Hauptrolle im Film gespielt. Aziz Osmanoglu ist seit Jahren arbeitslos und bezieht für sich und seine Familie Sozialhilfe. Insbesondere die Frau kann als nicht integriert bezeichnet werden, da sie fast kein Wort deutsch spricht. Beide Elternpaare verbieten den gemeinsamen Kindern die Teilnahme am Schwimmunterricht.

Als angeblich "ehrenamtlicher" Sekretär der Muslimischen Gemeinde Basel nimmt Herr Osmanoglu prinzipiell eine Vorbildfunktion für die hier lebenden Muslime ein. Seine Aussagen, als offizielles muslimisches Sprachrohr, sollten daher Gewicht haben.

Insbesondere die Tolerierung von Peitschenhieben und dem Schlagen von Frauen, als Interpretierung des Korans, werden durch Herrn Osmanoglu als Kernbotschaft des Islams vermittelt. Dabei scheut er sich nicht, vor laufender Kamera sich für die Einführung der Scharia in der Schweiz auszusprechen. Diese Aussagen stellen sich klar gegen das Gesetz und die Verfassung.

Der Anfragende bittet daher den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie steht der Regierungsrat zu den Aussagen, insbesondere zur Einführung der Scharia, des offiziellen Muslimvertreters Aziz Osmanoglu?
2. Welche Kontakte pflegt der Regierungsrat mit der Vereinigung "Muslimischen Gemeinde Basel"?
3. Wird diese Gemeinde vom Regierungsrat resp. von Dienststellen finanziell in irgendeiner Art und Weise unterstützt?
4. Falls ja, für welche Projekte resp. in welchem Umfang?
5. Wurde die Familie Osmanoglu, aufgrund der Nichtteilnahme der Kinder am obligatorischen Schwimmunterricht, seitens der Behörden gemahnt resp. bestraft?
6. Wurde/Wird seitens der Basler Integrationsstelle eine sogenannte und von Regierungspräsident Morin stets hochgelobte Integrationsvereinbarung mit der Familie mit klaren Vorgaben geschlossen?
7. Wird, aufgrund der nicht vorhandenen Deutschkenntnisse und der für jedermann ersichtlichen Nichtintegration von Frau Osmanoglu, ein Integrationskurs derselbigen ins Auge gefasst?
8. Gedenkt der Regierungsrat gegen Herrn Osmanoglu aufgrund verfassungsfeindlicher Aussagen strafrechtlich vorzugehen?

Alexander Gröflin

c) Schriftliche Anfrage betreffend Velofahren entlang der Migros Eglisee

10.5097.01

Wer den Veloweg entlang der Riehenstrasse zwischen Im Surinam und der Fasanenstrasse benutzt, in der Absicht zum Gartenbad Eglisee zu fahren, kann den direktesten und sichersten Weg entlang der Migros nicht fahren, wegen einem Allgemeinen Fahrverbot. Dieser Weg ist wesentlich breiter als der Veloweg/Fussweg entlang der Riehenstrasse und bietet sich geradezu an als direkte Verbindung vom Veloweg zum Gartenbad.

Aus diesem Grund frage ich den Regierungsrat an, ob das Allgemeine Fahrverbot mit einem Schild "ausser Velos und Mofas" ergänzt werden kann.

Sabine Suter

d) Schriftliche Anfrage betreffend Observierung von potentiellen IV-Betrüggern

10.5098.01

Wie letzthin von der IV-Stelle Basel-Stadt zu vernehmen war, werden Observierungen von potentiellen IV-Betrüggern in Basel-Stadt durch die Kantonspolizei durchgeführt. Andere Gemeinden und Kantone lagern diese Tätigkeit aus und setzen auf die Dienste entsprechend spezialisierter Unternehmen. Das baselstädtische Vorgehen wirft gewisse Fragen auf, weil der Regierungsrat dem Ansinnen der kürzlich eingereichten GAP-Initiative positiv gegenüber steht. Die Initiative verlangt bekanntlich eine Kategorisierung der vom Kanton vorgenommenen Tätigkeiten in die drei nachfolgend aufgeführten Aufgabenfeldern:

1. Aufgabe ist unverzichtbar und muss zwingend hoheitlich vom Staat erfüllt werden;
2. Aufgabe ist unverzichtbar kann aber sofern kostengünstiger oder qualitativ besser (bei gleichen Kosten) auf Dritte übertragen werden;

3. Auf Aufgabe kann verzichtet werden.

Die Observierung von potentiellen IV-Betrügereien durch Angehörige der Kantonspolizei widerspricht meines Erachtens der in der GAP-Initiative formulierten Auslagerungsidee.

Ich bitte deshalb um Beantwortung der zwei nachfolgend aufgeführten Fragen:

- Warum wird die Observierung von potentiellen IV-Betrügereien - diese Tätigkeit ist eindeutig der oben erwähnten Kategorie 2 zuzuordnen - entgegen der regierungsrätlichen Willensäußerung nicht an ein spezialisiertes Unternehmen übertragen? Mit der Observierung wird die heute schon stark beanspruchte Sicherheitsabteilung der Polizei zusätzlich belastet.
- Wurde die Auslagerung der Aufgabe aufgrund eines Vollkostenvergleiches überprüft?

Christophe Haller

e) Schriftliche Anfrage betreffend verschärfte Kontrollen in den Basler Moscheen und Räumlichkeiten muslimischer Vereinigungen

10.5101.01

Die jüngsten Aussagen verschiedener Imame und Vertreter muslimischer Vereinigungen haben die Bevölkerung aufgeschreckt und politische Parteien von links bis rechts zu Stellungnahmen bewogen. Offensichtlich ist die jahrelange selbst bezeichnete fortschrittliche Integrationspolitik des Kantons Basel-Stadt klar gescheitert.

Das ständige Besänftigen der Bevölkerung und Schönreden der vielen Problematiken bei der Integration hat ein jähes Ende gefunden und selbst den Regierungspräsidenten wachgerüttelt.

Vor laufender Kamera teilt der Vorsteher des Präsidialdepartementes mit, dass er Moschee-Vereine klar kontrollieren möchte und verlangt mehr Toleranz, Respekt und Integration ihrer Mitglieder. Als weitere Bedingung wird das Erlernen der deutschen Sprache erwähnt.

Von den Muslim-Vereinen wird kundgetan, dass sie sich selbst kontrollieren möchten, was einige Fragen aufwirft.

Nun bitte ich den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt er das Vertrauen der Bevölkerung in Bezug auf die Selbstkontrollen in den Moscheen?
2. Wie steht der Regierungsrat den Selbstkontrollen gegenüber?
3. Wie gedenkt er eine staatliche Kontrolle in den Moscheen und Räumlichkeiten muslimischer Vereinigungen durchzuführen?
4. Nach welchen Kriterien wird kontrolliert?
5. Wie häufig werden Kontrollen durchgeführt?
6. Wer (welche Abteilung) wird die Kontrollen durchführen?
7. Wie wird kontrolliert und durchgesetzt, dass die Integrationsbedingungen eingehalten werden?
8. Wie will er erreichen, dass die Integrationsstelle nicht weiterhin die Schweizer in die Pflicht nimmt, sondern die zu Integrierenden?

Lorenz Nägelin

f) Schriftliche Anfrage betreffend neuer Leitung an der Volksschule

10.5102.01

Im Ratschlag betreffend Teilautonomie und Leitung an der Volksschule (05.2026.01, Seite 18) wurde eine Evaluation des neuen Leitungsmodells an den Volksschulen in Aussicht gestellt. Es wurden auch Zwischenberichte angekündigt. Die Ziele der Evaluation sollen laut Ratschlag die folgenden sein:

- Zuhanden der politischen Gremien aufzeigen, ob die positive Wirkungen durch die Reform erreicht werden
- Erfahrungsgewinn für die Projektleitung zur laufenden Optimierung der Umsetzung der einzelnen Projektschritte
- Aufzeigen der Kostenentwicklung der Reform

Vor allem der erste und dritte Punkt interessieren eine breite Öffentlichkeit.

Ich bitte die Regierung deshalb folgende Fragen zu beantworten:

1. Gibt es schon einen Zwischenbericht, oder wann ist er zu erwarten?
2. Wie wird die Wirkung des neuen Schulleitungsmodells eingeschätzt?
3. Wie sieht die Kostenentwicklung der Reform aus?
4. Wie viele Stellen wurden neu geschaffen, wie viele aufgehoben?

Elisabeth Ackermann

g) Schriftliche Anfrage betreffend Beheizung der Gartenbäder Eglisee und Bachgraben

10.5117.01

Dem Kanton Basel-Stadt ist die Sport- und Gesundheitsförderung ein grosses Anliegen. Mit gross angelegten Kampagnen wird die Bevölkerung zu mehr Bewegung und zu mehr Sport aufgerufen. Die Badesaison steht bevor und einmal mehr fällt auf, dass die Gartenbäder Eglisee und Bachgraben zwei Wochen nach dem Sport- und Gartenbad St. Jakob seine Tore öffnet. Statt am 17. April erst am 1. Mai. Der Grund liegt auf der Hand: Im Gegensatz zum Sportbad St. Jakob werden die Gartenbäder Eglisee und Bachgraben nicht beheizt und sind so wohl zuwenig attraktiv bei der noch kühlen Witterung.

Bekanntlich besteht im Fernwärmenetz im Sommer aufgrund der überschüssigen Abwärme der Kehrichtverwertungsanlage (KVA) ein riesiger Überschuss von rund 40'000 MWh die ungenutzt vernichtet wird.

Durch eine Beheizung des Badewassers, insbesondere in den Übergangszeiten aber auch im Sommer in Zeiten schlechter Witterung könnte das Angebot für die Basler Bevölkerung und für Sportlerinnen und Sportler nachhaltig verbessert werden. Damit könnte für die Sport- und Gesundheitsförderung einen namhaften Beitrag geleistet werden, da eine bessere Nutzung möglich würde. Eine Erwärmung des Badewassers auf rund 21 bis 22 Grad würde vollauf genügen.

Ich bitte daher die Regierung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Kann das Gartenbad Eglisee und das Gartenbad Bachgraben mittels der ungenutzten Fernwärme der KVA beheizt werden?
2. Wurden jemals Abklärungen für den Anschluss der Gartenbäder an das Fernwärmenetz getroffen und welche Erkenntnisse wurden daraus gewonnen?
3. Welche Investitions- und Betriebskosten würden anfallen, wenn die Gartenbäder an das Fernwärmenetz angeschlossen würden und in der gleichen Zeitperiode wie das Sportbad St. Jakob beheizt würden?
4. Falls die Nutzung der überschüssigen Fernwärme in den Sommermonaten keine Option ist wäre immer noch eine Wasserbeheizung mittels Solarkollektoren möglich. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat in der Nutzung der Solarenergie für die Beheizung der Gartenbäder? Welche Massnahmen wären dazu notwendig?
5. Mit welcher Frist könnte eine Beheizung der Gartenbäder Eglisee und Bachgraben mit Fernwärme oder Solarenergie realisiert werden?

Martin Lüchinger

h) Schriftliche Anfrage zum Thema Energiegewinnung aus dem Abwasser der Kanalisation für die neue Überbauung auf dem Schorenareal

10.5118.01

Am 12. Januar hat der Regierungsrat meinen Anzug zu diesem Thema "Förderung der Energiegewinnung aus dem Abwasser" beantwortet und aufgezeigt, unter welchen Kriterien der Einsatz dieser Technologie auf dem Gebiet des Kantons Basel-Stadt sinnvoll und daher auch förderungswürdig wäre: Als erstes sollte eine solche Anlage nicht im Einzugsgebiet des Fernwärmenetzes in Basel und Riehen situiert sein. Zweitens bedarf es in der Nähe des Einsatzortes einer Kanalisation mit einer Mindestmenge an Abwasserdurchfluss auch bei trockener Witterung. Drittens eignet sich die Technologie aufgrund der aufwendigen Installationen vorwiegend für grössere neue Überbauungen.

Bei der Durchsicht der Potentialkarte zur Nutzung von Abwärme aus dem Abwasser, welche der Anzugsbeantwortung beigelegt war, ist mir aufgefallen, dass die vom Kanton geplante Überbauung auf dem Schorenareal diese Kriterien gänzlich erfüllt.

Daher bitte ich die Regierung folgende Frage zu beantworten:

- Ist eine Nutzung der Abwasserwärme für die Wärmegegewinnung bei dieser neuen Überbauung in Betracht gezogen worden?
- Wäre der Einsatz dieser Technologie unter ökologischen und mit den bestehenden Fördermitteln auch ökonomischen Gesichtspunkten sinnvoll?

Guido Vogel